

Magazin-e

Personalverband des Bundes | Association du personnel de la Confédération | Associazione del personale della Confederazione | www.pvb.ch



50 Jahre Frauenstimmrecht
Wir setzen uns weiterhin für die
Gleichberechtigung ein! | Seiten 9–13



50 ans de droit de vote pour les femmes
Notre engagement pour l'égalité
continue! | Pages 20–24



50 anni di diritto di voto alle donne
Il nostro impegno per l'uguaglianza
continua! | Pagine 28–32



DIE NEUE KAMPAGNE DES PVB
LA NOUVELLE CAMPAGNE DE L'APC
LA NUOVA CAMPAGNA DELL'APC

WWW.KAMPAGNEPVB.COM

Inhalt

- Editorial:** «Ein historischer Moment» | Seite 4
- #IbreGeneralsekretärin:** Unsere oberste Priorität | Seite 4
- Lohnverhandlung im ETH-Bereich:** Der ETH-Rat hat eine Gelegenheit verpasst | Seite 5
- Agroscope:** Das Projekt nimmt Gestalt an | Seite 6
- Treffen mit dem Direktor der ZAS:** Ein konstruktiver Austauch über die Ergebnisse der Umfrage des PVB | Seite 6
- Parlament:** Bericht aus der Winteression | Seite 7
- Bundesamt für Informatik:** Treffen mit dem Direktor zur Transformation | Seite 7
- Kampagne:** Interview mit Claudia Moll über Homeoffice | Seite 8
- Dossier:** «Manchmal muss man frech sein, wenn man etwas will» | Seite 9
- Gleichstellungskommission des PVB:** Interview mit Chiara Montecchio und Marc Hauser | Seite 14



Auf unserer Titelseite sehen Sie die Gesichter von sechs Teilnehmerinnen des Frauenstreiks 2019. Besuchen Sie unsere Website*, um einige Erfahrungsberichte zu lesen! Diese Porträts wurden von der Fotografin Sarah Vez in Vevey, aufgenommen.

*www.kampagnepvb.com/gleichstellung



Sur notre page de couverture, vous avez découvert le visage de six participantes à la Grève des femmes 2019. Rendez-vous sur notre site internet*: vous pourrez lire quelques témoignages. Ces portraits ont été réalisés par la photographe Sarah Vez, à Vevey.

*www.kampagnepvb.com/gleichstellung



La nostra pagina di copertina presenta i volti di sei partecipanti allo Sciopero delle donne del 2019. Leggete alcune testimonianze sul nostro sito Internet*. I ritratti sono stati realizzati dalla fotografa Sarah Vez a Vevey.

*www.kampagnepvb.com/gleichstellung

Sommaire

- Editorial:** «Un moment historique» | Page 15
- #VotreSecrétairegénérale:** Notre priorité absolue | Page 15
- Négociations salariales dans le domaine des EPF:** Une occasion manquée de la part du Conseil des EPF | Page 16
- Agroscope:** Le projet se concrétise | Page 17
- Rencontre avec le directeur de la CdC:** Un échange constructif sur les résultats de l'enquête de l'APC | Page 17
- Parlement:** Rapport sur la session d'hiver | Page 18
- Office fédéral de l'informatique (OFIT):** Rencontre avec le directeur au sujet de la Transformation | Page 18
- Campagne:** Interview avec claudia Moll, membre de l'APC sur son expérience avec le travail à domicile | Page 19
- Dossier:** «Il faut parfois avoir du culot quand on veut quelque chose» | Page 20
- Commission de l'égalité de l'APC:** Interview de Chiara Montecchio et Marc Hauser | Page 25

Sommario

- Editoriale:** «Una ricorrenza storica» | Pagina 26
- #VostraSegretariagenerale:** la nostra priorità assoluta | Pagina 26
- Quali sono le sue esperienze con il televoto?** Ecco cosa pensa Claudia Moll, affiliata all'APC, dell'homeoffice e quali sono le sue esperienze | Pagina 27
- Dossier:** «Il coraggio di osare» | Pagina 28
- Commissione delle parità dell'APC:** Intervista con Chiara Montecchio e Marc Hauser | Pagina 33

Willkommen Heidi! Heidi! | Seite 34

Sektionen – Sections – Sezioni | Seite – Page – Pagina 34

«Ein historischer Moment»

Wenn Sie dieses Heft in den Händen halten, jährt sich ein historischer Moment für unser Land. Nach Jahrzehntelangem Kampf und mehreren erfolglosen Anläufen wurde am 7. Februar 1971 das Frauenstimmrecht gutgeheissen. Ein gleichstellungs- und demokratiepolitisch wichtiger Schritt, dem weitere folgten. Mit dem Einzug der Frauen in die Politik hat sich einiges verändert. Gerade auch die letzten Wahlen mit der hohen Beteiligung der Frauen im Nationalrat zeigen, dass die Entscheide eine andere Qualität bekommen und wieder offener debattiert wird. Interessant ist der Dossierbeitrag im Heft zur Geschichte des Frauenstimmrechts mit dem Portrait über Germaine Zenhäusern, eine der Vorkämpferinnen.



Das Frauenstimmrecht hat die Gleichstellungsbemühungen verstärkt und es ist in Sachen Gleichstellung auch einiges umgesetzt worden und zwar in der Gesellschaft und im Berufsleben. Auch in der Bundesverwaltung, den bundesnahen Betrieben und im ETH-Bereich, ist der Anteil angestellter Frauen Schritt für Schritt gestiegen und Frauen haben mehr Verantwortung übernommen. Die Frauen sind somit in vielen Bereichen präsenter, doch in den Führungsetagen hapert es noch immer. Der Bund, die bundesnahen Betriebe und der ETH-Bereich sind sich bewusst, dass hier und bei Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben noch einiges zu tun ist und es für Frauen und Männer attraktive Teilzeitstellen, Jobsharing-Modelle und Aufstiegsmöglichkeiten braucht.

Der PVB vertritt schon länger eine aktive Position und bringt regelmässig Forderungen ein. Unsere Gleichstellungskommission hat eben eine Petition «Recht auf Homeoffice für alle» lanciert und auch unsere grosse Mitgliederbefragung 2018 zeigte uns die Bedeutung der Gleichstellung und Vereinbarkeit für unsere Mitglieder und die Angestellten generell. Wie wir unser Engagement noch verstärken können, loten wir derzeit aus. Ein Analyse-Bericht einer Gleichstellungs-fachfrau lieferte uns wichtige Erkenntnisse. Denn eine aktive Gleichstellungspolitik bringt uns weiter und nützt Frauen und Männern.

Barbara Gysi, Verbandspräsidentin

#IhreGeneralsekretärin

Unsere oberste Priorität

Liebe Mitglieder

Ihre Gesundheit hat oberste Priorität für den PVB. Viele Sektionen haben deshalb die HV letztes Jahr auf dieses Jahr verschoben. Das ist vereinsrechtlich problemlos möglich, die Sektionspräsidenten wurden bereits von mir darüber informiert. Auf Grund der aktuellen Corona-Restriktionen empfehlen wir jedoch allen Sektionen, die Durchführung einer physischen HV frühestens im Sommer oder Frühherbst zu planen. Und wenn man auf eine physische HV verzichten will oder muss, besteht auch die Möglichkeit, auf dem Zirkularweg über Rechnung, Budget und Bericht schriftlich abstimmen zu lassen.

Das ganze Team des PVB arbeitet weiterhin im Homeoffice. Sie erreichen sämtliche Mitarbeitende per E-Mail oder auf ihrer Handynummer. Das PVB-Sekretariat hat aufgrund der aktuellen Corona-Situation vorübergehend seine



Öffnungszeiten geändert und wir sind telefonisch vom Montag – Freitag von 10.00 bis 15.00 Uhr nonstop erreichbar. Sie können uns auch jederzeit per E-Mail unter pvb@pvb.ch erreichen. Es ist uns ein grosses Anliegen auch in diesen anspruchsvollen Zeiten all unseren Mitgliedern eine optimale Betreuung und Beratung bieten zu können.

Wir sind uns bewusst, dass diese Situation von uns allen viel abverlangt und wir danken Ihnen für Ihre Flexibilität und Ihr Verständnis.

Herzliche Grüsse und bleiben Sie gesund!

Janine Wicki, Generalsekretärin

Lohnverhandlungen im ETH-Bereich

Der ETH-Rat hat eine Gelegenheit verpasst

Die Mitarbeitenden des ETH-Bereichs erhalten 2021 keine generelle Lohnerhöhung. Der PVB bedauert, dass der ETH-Rat den Forderungen des PVB nicht gefolgt ist. Er verlangte keine Lohnerhöhung, sondern lediglich, dass der Rückstand des Personals des ETH-Bereichs gegenüber der Bundesverwaltung in Bezug auf eine Lohnerhöhung ausgeglichen wird – dieser beträgt seit 2011 0.8 %. Dieser Ausgleich hätte auch in Form einer Erhöhung der Anzahl Ferientage oder einer Verkürzung der Arbeitszeit erfolgen können. Der PVB ist der Ansicht, dass der ETH-Rat die Gelegenheit hätte nutzen sollen, diese Differenz angesichts der aktuell guten finanziellen Lage des ETH-Bereichs zu verringern. Der ETH-Rat führte

stattdessen die Negativsteuerung und die schwierigen wirtschaftlichen Aussichten an, weshalb dieser Rückstand nicht ausgeglichen werden könne.

Wie in den Vorjahren sind jedoch 1,2 Prozent der Lohnsumme für individuelle Lohnerhöhungen vorgesehen.

Für bessere Homeoffice-Bedingungen

Zu den Themen, die mit dem Präsidenten des ETH-Rats, Michael Hengartner, besprochen wurden, gehörte auch das Homeoffice. Der PVB setzt sich für das Recht auf Homeoffice ein. Er will an der Entwicklung des Rahmens mitwirken, der das Homeoffice – auch nach der Pandemie – langfristig regeln

soll. Zudem will er den Bundesrat und den ETH-Rat dazu bewegen, sich für eine gerechte, transparente und vernünftige Regelung des Homeoffice einzusetzen. Auch die Direktionen der Institutionen des ETH-Bereichs sind von den Möglichkeiten des Homeoffice überzeugt und diskutieren derzeit, wie es in Zukunft besser geregelt werden kann. Dazu bedarf es eines Wandels der Unternehmenskultur, die vermehrt auf flexible und auf Vertrauen beruhenden Arbeitsformen auszurichten ist.

Wolken über der vorzeitigen Pensionierung

Möchte sich eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer vorzeitig pensionieren lassen, trägt der Arbeitgeber derzeit einen Teil der Kosten für die Finanzierung der tatsächlich bezogenen Überbrückungsrente. Die Höhe des Arbeitgeberbeitrags ist in Anhang 5 der Personalverordnung des ETH-Bereichs geregelt. Dies könnte in Zukunft nicht mehr der Fall sein. Nach dem Willen des Bundesrats soll der ETH-Bereich an die Regelungen der Bundesverwaltung angepasst und der Arbeitgeberbeitrag an die Überbrückungsrente abgeschafft werden. Dies bedeutet, dass die vorzeitige Pensionierung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schwieriger wird, da sie die Überbrückungsrente selbst finanzieren müssen. Das dynamische Personalmanagement der beiden ETH und ihrer Institutionen setzt voraus, dass die vorzeitige Pensionierung unter guten Bedingungen möglich ist. Prof. Dr. Michael Hengartner teilt die Meinung des PVB. Er wird den Bundesrat entsprechend informieren und wird diesbezüglich auch von den anderen Sozialpartnern unterstützt.

Luc Python



Prof. Dr. Michael O. Hengartner

Treffen der Personalkommissionen des ETH-Bereichs

Am 18. Januar haben sich rund 30 Vertreterinnen und Vertreter der Personalkommissionen aller Institutionen des ETH-Bereichs virtuell getroffen, um sich über personalpolitische Themen auszutauschen. Als Gäste waren auch der Verbandssekretär des PVB, Luc Python, die Präsidentin der Sektion APC-EPFL, Jacqueline Morard, sowie Dieter Künzli, Leiter Finanzen & Personal im Stab des ETH-Rats, anwesend.

Dieses Jahr waren das jährliche Personalgespräch und seine Auswertung Gegenstand einer angeregten Diskussion, in deren Rahmen nicht nur die Gemeinsamkeiten, sondern auch die Unterschiede in Bezug auf die Durchführung des Gespräches und die Beurteilung des Mitarbeitenden aufgezeigt wurden. Während der Nutzen des Gesprächs nicht in Frage gestellt wurde, ist die Art und Weise, wie die Gesamtbeurteilung zustande kommt, nach Ansicht der Arbeitnehmervertreter höchst fragwürdig.

Ebenfalls Anlass zu Diskussionen gab ein Überblick über die Höhe der in den verschiedenen Institutionen ausbezahlten Pauschallöhne sowie die Einstufung des technischen und administrativen Personals.

An der Versammlung wurde zudem beschlossen, die Koordination zwischen den Personalkommissionen im Falle von Konsultationen zu Änderungen von Reglementen oder Gesetzen innerhalb des ETH-Bereichs zu verbessern. Für diese Koordination wird die Personalkommission der ETHZ zuständig sein.

Luc Python



© ETH Zurich – Alessandro Della Bella

Agroscope

Das Projekt nimmt Gestalt an

Das Treffen vom 11. Januar 2021 gab den Sozialpartnern Gelegenheit, sich über den Stand der laufenden Projekte im Zusammenhang mit den Bauvorhaben und dem Umzug von Mitarbeitenden auszutauschen. Geplant ist, dass die ersten



© Agroscope

Forschungsgruppen 2022 umziehen werden (von Wädenswil nach Changins oder Reckenholz, von Reckenholz nach Changins und von Changins nach Reckenholz). Der Umzug des Personals von Liebefeld sowie den übrigen Standorten in das neue Gebäude in Posieux ist für Anfang 2025 vorgesehen.

Gemäss Yvonne Schaller, Leiterin der Einheit Ressourcen, reagieren die Mitarbeitenden positiv auf die neue Situation. Sie hat mit ihrem Team 102 Gespräche mit Mitarbeitenden geführt, deren Arbeitsplatz auf die andere Seite der Sprachgrenze verlagert wird. Aus diesen Gesprächen geht hervor, dass 39 Mitarbeitende mit einem Umzug einverstanden sind und 27 dies aus verschiedenen Gründen nicht vorhaben. Die übrigen Mitarbeitenden haben sich noch nicht endgültig entschieden.

In Bezug auf die Arbeitsplätze hat Eva Reinhard, Leiterin Agroscope, betont, dass Agroscope zwischen 2021 und 2022 aufgrund der Steigerung der Effizienz 20 bis 30 Stellen schaffen wird, davon mehrere in neuen Forschungsberichen.

Luc Python

Norma Giannetta

Treffen mit dem Direktor der ZAS

Ein konstruktiver Austausch über die Ergebnisse der Umfrage des PVB



Adrien Dupraz, Direktor der ZAS

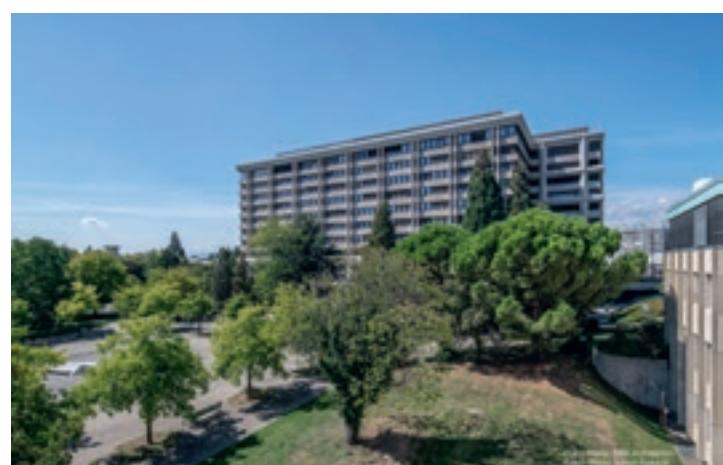
Der PVB hat sich am 9. Dezember mit dem Direktor der ZAS, Adrien Dupraz, sowie mit seinem Stellvertreter Christian Kuntzer getroffen, um sich über die Ergebnisse einer Umfrage auszutauschen, die der PVB vom 6. Juli bis 30. August 2020 in der ZAS durchgeführt hat. Die Delegation des PVB bestand aus Janine Wicki, Generalsekretärin, René-Simon Meyer, Vizepräsident, und Luc Python, Verbandssekretär des PVB. Die Präsidentin der Personalkommission der ZAS, Sabrina Letizia, war ebenfalls anwesend.

Der Direktor sagte gleich zu Beginn, dass er das Umfrageergebnis ernst nimmt. Es ist ein Zeichen dafür, dass gewisse Bereiche einer Überprüfung bedürfen. Die Direktion wird sich nächstes Jahr mit der Umsetzung einer allgemeinen Strategie befassen und dabei insbesondere den Ergebnissen der Umfrage des PVB und der vom EPA in Auftrag gegebenen Zufriedenheitsumfrage Rechnung tragen.

Der Direktor hält es im Hinblick auf die individuelle Produktivitätskontrolle für äusserst wichtig, dass das Prinzip der Verhältnismässigkeit gewährleistet ist. Zu diesem Zweck möchte er für jede Organisation das beste Prinzip finden. Die Zentrale Ausgleichsstelle bearbeitet jeden Monat 980'000 Renten, weshalb ein «Monitoring» der Produktivität notwendig ist.

Die Direktion stellt derzeit Überlegungen im Bereich der Humanressourcen an. Insbesondere ist sie sich der Problematik bewusst, dass es HR-Spezialisten gibt, die den Abteilungen zu nahe stehen. Sie hat bereits einige Änderungen in

Bezug auf die Kommunikation vorgenommen: Wichtige Mitteilungen werden durch die Direktion kommuniziert und können von den Abteilungen entsprechend ihrer Organisation ergänzt werden.



Adrien Dupraz wird die Ergebnisse der im Frühling geplanten Zufriedenheitsumfrage des Bundesamts für Personal abwarten bevor er Anpassungen im Personal- und Kommunikationsmanagement der ZAS vornimmt. Die Sozialpartner werden sich künftig regelmässig (mindestens einmal pro Jahr) treffen, um personalpolitische Fragen zu besprechen und auf diese Weise ständig im Dialog zu bleiben. Das nächste Treffen ist für den Frühsommer geplant.

Luc Python

Publica

Im November hat das Sozialpartner treffen zwischen dem PVB und den Vertreter_innen der Publica stattgefunden.

Die Publica wird ab dem 1.1.21 den Vaterschaftsurlaub auf 20 Tage erhöhen. Das ist sehr fortschrittlich und Publica ist der zentralen Bundesverwaltung hier einen Schritt voraus. Die Publica hat neu eine eigene Regelung zu den Mobilen Arbeitsformen, diese ist im Juli 2020 in Kraft getreten. Dadurch haben 95 % des Personals die Möglichkeit Homeoffice zu machen. Dabei werden nicht Arbeitsplätze vor Ort abgebaut, denn jede/r soll weiterhin ein Präsenzplatz haben.

Die Lohnmassnahmen sind wie folgt: Es werden 0.6 % von der gesamten Lohnsumme für Lohnanpassungen für individuelle Lohnerhöhungen zur Verfügung gestellt.

Bericht aus der Wintersession



Während der letzten Wintersession stand aus Personalsicht die Debatte zum Voranschlag und Finanzplan im Zentrum. Die Covid 19-Pandemie stellt den Bund auch finanzpolitisch vor grosse Herausforderungen, obwohl der Bund über genügend Mittel verfügt, wurden doch in den letzten Jahren über 25 Milliarden Schulden abgebaut. Trotz schwieriger Pandemiesituation verlief die Budgetdebatte erstaunlich ruhig. Nur wenige Kürzungsanträge und die üblichen Erhöhungen in der Landwirtschaft und im BFI-Bereich. Über das Personal wurde wenig gesprochen. Die SVP-Fraktion verlangte im Finanzplan von 2022–2024 die Gesamtausgaben schrittweise auf 6 Milliarden herunterzufahren. Dieser Antrag blieb absolut chancenlos, denn er hätte schwerwiegende Konsequenzen und einen Stellenabbau von 300–400 Stellen zur Folge. Der Nationalrat anerkannte, dass der Bundesrat die Personalausgaben seit Jahren stabil hält, sie betragen immer rund 9,5 % des Gesamtbudgets. Für

2021 sinken sie sogar leicht. In einigen Bereichen sind dennoch Stellen erhöhung ermöglicht worden, viele müssen aber intern kompensiert werden.

Wir können mit dem Personalkredit insgesamt nicht wirklich zufrieden sein. Denn für eine allgemeine Lohnerhöhung ist in diesen Zeiten kein Platz. Ein gewisses Verständnis ist da, aber auch beim Bund, den bundesnahen Betrieben und im ETH-Bereich waren sehr viele Mitarbeitende enorm gefordert. Die Sozialpartner haben Mitte November darum zumindest eine Verdoppelung des Vaterschaftsurlaubs auf 20 Tage gefordert. Bundesrat Maurer wird das Anliegen dem Bundesrat unterbreiten und hat im Nationalrat meine Frage dazu positiv beantwortet.

Eine längere Debatte führten wir in der Finanzkommission und im Nationalrat zu den Leistungszielen. Es wird immer wieder kritisiert, dass sie zu willkürlich oder zu wenig ambitioniert seien. Bei den Zielen der ZAS (Zentrale Ausgleichsstelle) wollte der Nationalrat die Ziele verschärfen und gleichzeitig die durchschnittlichen Kosten pro Fall senken. Das hätte empfindliche Kürzungen zur Folge gehabt. Da der Ständerat dafür überhaupt kein Gehör fand, war ich mit meinem Antrag, darauf zu verzichten, wenigstens in der zweiten Runde erfolgreich. Ein

kleiner, aber bedeutsamer Erfolg, denn in der ZAS wurde in den letzten Jahren sehr viel optimiert.

Das Parlament hat zudem im Schnellverfahren eine Vorlage verabschiedet, dass der Bundesrat einen Teil des Budgets ausgeben könnte, sollte die Session wegen Covid abgebrochen werden müssen. Selbstredend hat die Pandemie die Session inhaltlich ebenfalls wiederum stark geprägt mit Anpassungen im Covid19-Gesetz, dem Gesetz über Solidarbürgschaften und Dutzenden von Interventionen zu den aktuellen Massnahmen.

Barbara Gysi



© Parlament

Bundesamt für Informatik (BIT)

Treffen mit dem Direktor zur Transformation

Die zuständige Verbandssekretärin des PVB, Norma Giannetta, hat den Direktor des BIT Dirk Lindemann, und Daniel Graf, Leiter Human Resources am 10. Dezember getroffen, um über die Transformation zu sprechen. Der PVB hatte eine Umfrage zur momentanen Lage gemacht. Diese wurde rege ausgefüllt und wir konnten darum Herr Lindemann ganz klar die Anliegen und Sorgen des Personals darlegen. Der Direktor nimmt die Ergebnisse der Umfrage ernst und es wurde daraufhin gemeinsam beschlossen, dass Herr Lindemann nochmals das Personal klar informiert. Die wichtigsten Punkte der Diskussion sind diese: Die Lohnklasse wird bei den offenen Stellen ab sofort publiziert; für Führungskräfte und Personal gilt bei einer Änderung der Lohnklasse der Artikel 52a der Bundespersonalverordnung und somit die Besitzstandgarantie. Auch bleiben die Ziele für das 2021 bestehen.

Ausserdem wurden im Gespräch die Zwischenzeugnisse angesprochen: alle dürfen ein solches verlangen, damit es noch von der jetzigen Führungskraft ausgestellt wird. Auch wurde von Herr Lindemann zugesichert, dass es für alle Mitarbeitende eine neue Stelle haben wird.



© BIT

Der PVB verfolgt die Transformation weiterhin eng und wird auch zum Puls-Check im 2021 weitere Gespräche mit dem Direktor im nächsten Jahr führen.

Norma Giannetta

Swissmedic

Der PVB hat Lukas Bruhin, Institutspräsident, Ende November getroffen, um personalpolitische Themen zu besprechen. Aufgrund der Besprechungen wurde die Handhabung der Weiterbildungsregelung angepasst: neu wird bei einer Weiterbildung pro Tag der ganze Tagessaldo verbucht, so werden keine Minusstunden generiert. Ausserdem wird die Anpassung des Personalreglements bzw. die Zeitanrechnung bei Swissmedic noch intern angeschaut und im Jahr 2021 mit dem PVB weiter besprochen. Für die Lohnmassnahmen werden 2021 0.75 % der Ist-Lohnsumme zur Verfügung stehen. Der Betrag wird für individuelle Lohnentwicklungen verwendet.

Swissmedic bietet einen Vaterschaftsurlaub von 20 Tagen an. Das ist sehr fortschrittlich und Swissmedic ist der zentralen Bundesverwaltung hier einen Schritt voraus.

Norma Giannetta

VERSPROCHEN.

Welche Erfahrungen haben Sie mit Homeoffice gemacht?

Der zweite Shutdown und die Homeoffice-Pflicht wurde für jede/r von uns zur Realität. Was unser Mitglied Claudia Moll über Homeoffice denkt und welche Erfahrungen sie gemacht hat, lesen sie hier:



© xavier-foucier-DYHhyLwMjMk-unsplash

Unsere drei Fragen an Frau Claudia Moll, BAFU

Welche Erfahrungen haben Sie mit Homeoffice gemacht?

Meine Erfahrungen mit dem Homeoffice waren sehr vielfältig: teilweise sehr befriedigend, da ich die Ruhe fand, an einzelnen Aufgaben «dranzubleiben» und zu reflektieren. Der Austausch mit dem Team funktionierte sehr gut, jedoch blieben die informellen Gespräche auf der Strecke. Eine Erkenntnis war, dass genau diese Kontakte auch für die Arbeit sehr wichtig sind. Ausserdem entstehen so weniger Missverständnisse, die im digitalen Austausch schwieriger zu erkennen und beizulegen sind. Online-Besprechungen eignen sich in meinen Augen, um Arbeiten zu strukturieren und organisieren, das Weiterentwickeln von Themen und der dafür nötige kreative Prozess, ist in diesem Rahmen jedoch nur bedingt möglich. Vielleicht würden da interaktiver Onlinetools schon Abhilfe schaffen, ich denke aber, dass auch das beste Tool einen Austausch «face to face» nicht ersetzen kann. Homeoffice kann aber auch Abnützungerscheinungen mit sich bringen, da jeder Tag mehr oder weniger genau gleich abläuft.

Welchen Einfluss hat das Homeoffice auf Ihr Berufs- und Privatleben?

Als Pendlerin, die an einem Arbeitstag rund drei Stunden im Zug verbringt, habe ich vom Homeoffice natürlich profitiert. Die Schwierigkeit bestand für mich jedoch darin, Arbeitszeit und Privatleben zu trennen. Meist habe ich, da das Büro zu Hause ist, gleich weitergearbeitet, kaum Pausen gemacht und am Schluss viel mehr gearbeitet als in meinem «normalen» Leben. Die Arbeit ist in meinem Privatleben präsenter geworden, aufgrund der Räumliche Trennung konnte ich die beiden Bereiche zuvor besser auseinanderhalten.

Gibt es etwas, dass Sie gerne anderen Mitgliedern weitergeben möchten / auf den Weg geben möchten?

Eine gute Struktur ist wichtig – wann wird gearbeitet, wann ist Freizeit –, eine gute Ordnung ebenfalls – Arbeitssachen wegräumen, Büro «schließen». Die grösste Erkenntnis ist aber die, dass man sein körperliches Wohlergehen nicht aus den Augen verlieren darf. Bewegung ist dabei genauso wichtig wie ein unter ergonomischen Aspekten gut eingerichteter Arbeitsplatz.

Petition «ein Recht auf Homeoffice für alle»



DANKE!

Die Petition war ein Erfolg!

Mit über 1'250 Unterschriften war die Petition ein voller Erfolg. Durch unsere Forderungen haben wir den dringenden Anliegen Gehör verschafft. Vielen Dank!

Mehr dazu: www.kampagnepvb.com, Petition.



Zum Dossier und Interviews

«Manchmal muss man frech sein, wenn man etwas will»



Germaine Zenhäuserns Mutter Katharina beim Abstimmen (als erste Frau der Schweiz, illegalerweise 1959)

Am 3. März 1957 tat die Mutter von Germaine Zenhäusern etwas Unerhörtes. Als erste Schweizerin trat Katharina Zenhäusern an die Urne und stimmte ab. Wie das ging? Genau genommen gar nicht: Die Frauenabstimmung war illegal, der Stimmzettel ungültig. Es sollte vierzehn Jahre dauern, bis Frau Zenhäusern zum zweiten Mal an die Urne trat. Diesmal war der Akt legal, die Stimme gültig. Am 7. Februar 1971 nämlich hatten die Schweizer Stimmbüger, die volljährige Männer also, das Frauenstimm- und wahlrecht angenommen. Und nun war Tochter Germaine – gerade volljährig geworden – mit von der Partie. «Seit ich abstimmen darf, habe ich keine einzige Wahl oder Abstimmung verpasst», sagt Germaine. «Abstimmen zu können und zu sehen, dass die eigene Stimme Gültigkeit hat, ist noch immer ein riesiges Privileg für mich».

Das Rütli der Schweizerin

Germaines Heimatdorf liegt weit über dem linken Rohneufer auf einer Hochterrasse. Paul Zenhäusern, Germaines Vater, stieg jeden Tag zu Fuß den Berg hinunter, um als Lehrer im Tal zu amten. Erst seit Anfang der Fünfzigerjahre verbindet nun eine kleine Gondel die Unterbächer mit dem Rest der Welt.

Germaine Zenhäusern (69) erinnert sich, wie ein Walliser Bergdorf zum Rütli der Schweizerin wurde und die Stimmbüger Jahre später endlich «Ja» zum Frauenstimmrecht sagten.

Nadine A. Brügger



Gemeindepräsident Paul Zenhäusern, Germaine als sechsjähriges Mädchen und ihre Mutter Katharina.



Die Mutter beim Stimmzettel ausfüllen.

Doch während Unterbäch aufholte, stagnierte die Schweiz: Bis ins Jahr 1956 waren 25 Abstimmungen zum Frauenstimmrecht auf Kantons- und Gemeindeebene durchgeführt worden. Jede einzelne hatten die Männer abgelehnt. Die Frauen waren müde. Als einige hochkarätige Jurist*innen, darunter Iris und Peter von Roten, erklärten, es gäbe einen anderen Weg zum Ziel, waren sie ganz Ohr. Eine Teilrevision der Bundesverfassung brauche es nicht, sagten die Jurist*innen. Vielmehr reiche eine Neuinterpretation: «Schweizer» nämlich könne sowohl Männer, als auch Frauen mit einbeziehen. Generisches Maskulinum also, anstelle mühseliger Abstimmungskämpfe. Viele, darunter auch Germaines Eltern, waren von der Idee angetan.

Als der Bundesrat beschloss, die Männer über ein Zivilschutzboligatorium für Frauen abstimmen zu lassen, beschlossen Gemeindepräsident Zenhäusern und Gemeinderat von Roten, das Generische Maskulinum anzuwenden. Wenn nicht jetzt, da es ausschliesslich um ihre Zukunft ging, wann sollte man die Frauen dann abstimmen lassen?

Die Kantonsregierung in Sitten sagte nein und die Bundesverwaltung in Bern ebenso. Aber die Unterbächer liessen sich weder von der Regierung, noch von Kritikern in den eigenen Reihen, von ihrem Vorhaben abbringen. Vor Kameralinsen und Journalistenaugen aus aller Welt ging also





Katharina Zenhäusern am 3. März 1957 als erste Schweizerin an die Urne. Ihre sechsjährige Tochter Germaine fürchtete sich. Am Nachmittag hatte sie die Protestierenden gehört, die mit lautem Treicheln und Fahnen durch das Dorf gelaufen waren. So Angst hatte ihr das gemacht, dass sie sich nicht einmal mehr über die Strasse und zum Haus der Grossmutter traute. So blieb Germaine daheim und beobachtete vom Fenster aus die Autos der Journalisten aus aller Welt, die von dem grossen Ereignis im kleinen Bergdorf berichten wollten.

Aber Angst und Aufmerksamkeit waren umsonst: Die Stimmen der Frauen wurden nicht mitgezählt. Unterbäch aber nannte sich von diesem Tag an das «Rütli der Schweizerfrau.»

Bereits vor der Zivilschutz-Abstimmung arbeitete der Bundesrat eine Vorlage aus, um auf nationaler Ebene über das Frauenstimm- und wahlrecht zu entscheiden. National- und Ständerat sagten Ja und hätte die Schweiz keine direkte Demokratie – man hätte des Frauenstimmrechts 1958 eingeführt. Aber es kam anders: Germaine war acht Jahre alt, als zwei Drittel der Schweizer Männer die Vorlage ablehnten. «Ich bin in einem wahnsinnig politischen Haushalt aufgewachsen. Bei uns am Tisch wurde immer diskutiert. Da bekam auch die nationale Abstimmung für das Frauenstimm- und wahlrecht viel Aufmerksamkeit», erinnert sich Germaine. Die Enttäuschung im Hause Zenhäusern war riesig.

Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

1965 kam Germaine ins Internat im Tal. Trotz der neuen Seilbahn lohnt sich die Heimkehr nur am Wochenende. Erlaubt war die Heimkehr aber nur, wenn die Schüler*innen unter der Woche schön brav gewesen waren. Taten sie nicht, wie ihnen geheissen, mussten sie die Zettel mit der Ausgetraubnis abgeben. «Ich war ein rebellisches Kind», sagt Germaine, «ich hatte Ende Woche nie Zettel übrig.»

Aus dem rebellischen Kind wurde eine rebellische junge Frau. Sie reiste gerne und interessierte sich brennend für das Vereinigte Europa – und darum auch für den bundesrätlichen Entschluss, die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) zu unterschreiben. Doch ebenso, wie die Zuständigen beim Europarat, erkannte auch Germaine: «Das geht gar nicht!» Denn die Schweiz verstieß höchstselbst gegen genau jene Rechte, die sie mit dem Unterzeichnen der EMRK zu schützen versprach. Sie schloss nämlich die Hälfte der Bevölkerung aufgrund des Geschlechts von allen politischen Rechten aus.

Als sie erfuhr, dass der Bundesrat versuchte, die EMRK mit Vorbehalten zu unterschreiben, wurde Germaine wütend – und sie war nicht allein: Beim Marsch auf Bern folgten rund 5000 Schweizerinnen und Schweizer dem Ruf der Zürcherin Emilie Lieberherr und demonstrierten gegen den EMRK-Beitritt mit Vorbehalten. Bald darauf entschied der Bundesrat, das Frauenstimm- und wahlrecht nun doch vor der Annahme der EMRK zur Abstimmung zu bringen.

«Du musst mobilisieren»

National- und Ständerat sagen ja, bald steht der Abstimmungstermin fest. «Jetzt brauchen wir dich, du musst mobilisieren», sagen Germaines Kolleginnen und Kollegen. Und genau das tut sie. Die Mutter sagt: «Brauche deine Kraft für sonstwas, das mit dem Stimmrecht und der Gleichberechtigung geht in der Schweiz zu lange.» Aber Germaine lässt sich nicht beirren. Als er dann endlich da ist, der Abstimmungssonntag, von dem alles ab-



hängt, ist Germaine aufgeregt. Den ganzen Tag und den halben Abend muss sie warten, bis im Radio endlich das Resultat verkündet wird: zwei Drittel der Schweizer sagen Ja!

Im gleichen Jahr wird Germaine 20 Jahre alt, erreicht also das damalige Stimmrechtsalter und darf erstmals selber an die Urne. «Mich hat das so furchtbar wütend gemacht, dass die Frauen so lange nicht die gleichen Rechte hatten. Es ist ein Glück, bin ich genau dann volljährig geworden, als das Frauenstimmrecht angenommen worden ist. Das hätte mich sonst wahnsinnig gemacht.»

Der Kampf geht weiter

Für Germaine ist der Kampf nach dem 7. Februar 1971 allerdings nicht fertig. Zu viel bleibt noch zu tun. Für die Mutterschaftsversicherung, für die Gleichstellung von Mann und Frau und für gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit geht sie auf die Strasse. «Manchmal muss man frech sein, wenn man etwas will», sagt sie.

Politik gehört seit jeher zum Leben der mittlerweile pensionierten Germaine. Sie wurde von ihrer Gemeinde zur Richterin gewählt und engagiert sich bis heute in der Gewerkschaft Unia.

Was ihr das kommende Jubiläum bedeutet? Zenhäusern grinst. «Viel. Aber wir hier im Wallis feiern ja immer ein bisschen früher, als die Ausser-schweizer. Hier wurde das kantonale Stimmrecht nämlich schon 1970 angenommen.»



© Schweizerisches Nationalmuseum

Helvetias Töchter (ISBN: 978-3-907238-15-8)

Von Nadine A. Brügger

Acht Frauenschicksale auf dem langen Weg zum Frauenstimmrecht in der Schweiz. «Helvetias Töchter» erzählt von Hélène, die 1868 zusammen mit einer Gruppe alter Frauen das kantonale Stimmrecht einfordert. Von Luisa, die beim Generalstreik mehr verliert, als nur den Traum von der Gleichberechtigung. Von Elsa, die während dem Zweiten Weltkrieg das Richtige tun will, von Inez, die nach einem generationenlangen Kampf endlich stimmen darf. Oder von Amara, die erkennt, dass das Stimmrecht nicht alles ist – und darum Jahrzehnte später am zweiten Frauenstreik mitläuft.

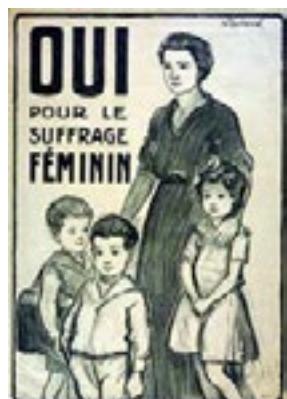
«Helvetias Töchter» erscheint am 14. Juni 2021
beim Arisverlag (www.arisverlag.ch)

Wichtige Stationen auf dem Weg zum Frauenstimmrecht in der Schweiz

- 1868** fordern anonyme Zürcherinnen bei der Revision der Zürcher Kantonsverfassung erstmals offiziell das Frauenstimm- und wahlrecht ein.
- 1874** wird die Bundesverfassung einer Totalrevision unterzogen. Aus diesem Anlass fordert die Association Internationale des Femmes die zivilrechtliche Gleichstellung der Frau.
- 1893** fordert der Schweizerische Arbeiterinnenverband offiziell das Frauenstimmrecht.
- 1896** findet der erste Schweizerische Frauenkongress statt. Dabei wird beschlossen, das passive Wahlrecht für Frauen in Schul- und Armenkomissionen, und das aktive Wahlrecht in kirchlichen Angelegenheiten anzustreben.
- 1899** wird der Bund Schweizerischer Frauenvereine (BSF) gegründet, der in der Frauenstimmrechtsbewegung eine treibende Kraft wurde.
- 1904** folgen die Sozialdemokraten dem Beispiel ihrer Frauen und nehmen die Forderung nach dem Stimm- und Wahlrecht für Frauen in ihr Parteiprogramm auf.
- 1906** fordert die Frauenrechtlerin Elise Honegger erstmals schriftlich und öffentlich: «Frauenrecht ist Menschenrecht» und «Gleiche Pflichten, gleiche Rechte».
- 1909** wird der Schweizerische Verband für Frauenstimmrecht (SVF) gegründet. Als Schweizerischer Verband für Frauenrecht (SVF/ADF) setzt er sich bis heute für Gleichstellung ein.

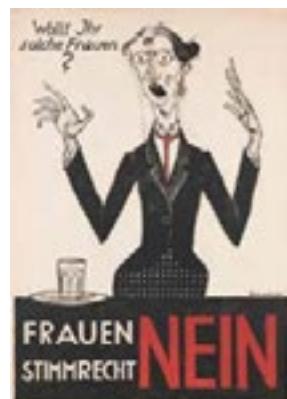
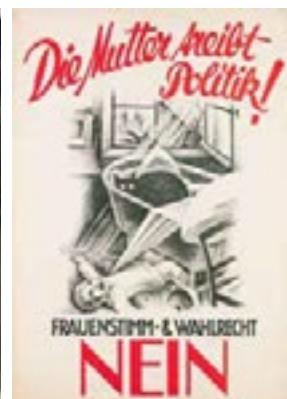
Ab **1916** reichen die Sozialdemokraten in zahlreichen kantonalen Parlamenten Motionen für das Frauenstimm- und wahlrecht ein.

1918 fand in der Schweiz der Generalstreik statt.
Eine Forderung der streikenden
Arbeiterschaft: Das Frauenstimmrecht.



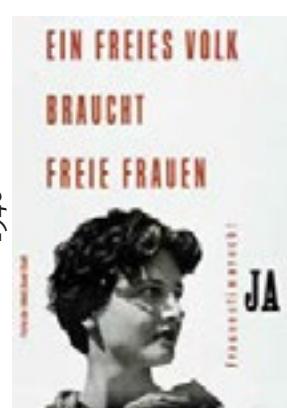
1918 nach dem Streik reichen die Nationalräte Herman Greulich (Gründer der Schweizer Sozialdemokratie) und Emil Göttisheim (FDP) je eine Motion für die Einführung des Frauenstimmrechts ein.

1928 die Schweizer Ausstellung für Frauenarbeit (Saffa) zeigt einem breiten Publikum, wie wichtig die Arbeit der Frau für das Bestehen der Gesellschaft ist.



1920

1929 reichen die Frauenverbände die unterschriften-stärkste Petition der Schweizer Geschichte ein. 170'397 Frauen und 78'840 Männer haben die Petition für das Frauenstimmrecht unterschrieben. Sie verschwinden folgenlos in einer Schublade des bundesrätlichen Schreibtischs.



1946

1945 wird von Frauen und Männern das Schweizer Aktionskomitee für das Frauenstimmrecht gegründet. Bereits gegen Ende des zweiten Weltkrieges nehmen vor allem die Sozialdemokraten die Eingabe von Motionen und Postulaten für das Frauenstimmrecht wieder auf.

1948 feiert die Schweizer das 100-jährige Bestehen ihres Landes. Die Schweizerinnen beklagen derweilen ein «Volk von Brüdern ohne Schwester».

1950 wird das Nationalratswahlgesetz revidiert. Bei dieser Gelegenheit, schlägt Nationalrat Peter von Roten (Katholisch-Konservativ) vor, könnte den Frauen das passive Wahlrecht zugestanden werden. Die grosse Kammer hält dies für eine «absurde Idee».

1951 erklärt der Bundesrat, das Frauenstimmrecht könne ausschliesslich durch eine Teilrevision der Bundesverfassung eingeführt werden. Er antwortet damit auf die Forderung zahlreicher Jurist*innen, das Frauenstimmrecht auf dem Interpretationsweg einzuführen. Das Wort «Schweizer» in der Bundesverfassung, argumentieren sie, könnte als generisches Maskulinum für Männer und Frauen stehen. So, wird es auch im Straf- oder Steuergesetz ausgelegt wird.

Zwischen **1920** und **1956** werden auf Kantons- und Gemeindeebene 25 Abstimmungen für das Frauenstimmrecht durchgeführt – und abgelehnt.



1947

1957 möchte der Bund ein Zivilschutzboligatorium für Frauen einführen, ohne ihnen für die neuen Pflichten auch neue Rechte zuzugestehen. Als Protest lassen mehrere Gemeinden ihre Frauen abstimmen (siehe Porträt). Der Bundesrat verspricht, einen Bericht zur Einführung des Frauenstimmrechts auszuarbeiten.

1958 nimmt die Bundesversammlung den Bericht an. Wäre die Schweiz keine direkte Demokratie, wäre das Frauenstimmrecht damit eingeführt.



1959



1959 sagen zwei Drittel der Schweizer Stimmbürger (66.9 Prozent) Nein zum Frauenstimmrecht. Nur die Kantone Genf, Neuenburg und Waadt sagen ja. Letzterer liess am gleichen Tag über das kantonale Frauenstimmrecht abstimmen und führt dieses als erstes Schweizer Kanton im gleichen Jahr ein.

1966 führt Basel-Stadt das Frauenstimm- und wahlrecht als erster Deutschschweizer Kanton auf Kantons- und Gemeindeebene ein.

1968 erklärt der Bundesrat, die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) mit Vorbehalt zu unterzeichnen. Der Vorbehalt: Da die Schweiz ihren Frauen noch immer das Stimmrecht verweigert, verstösst sie selber gegen die Menschenrechtskonvention (siehe Porträt).

1969 protestieren unter der Anführung der Zürcherin Emilie Lieberherr während dem Marsch auf Bern rund 5000 Schweizerinnen und Schweizer gegen den EMRK-Beitritt mit Vorbehalten und für das Frauenstimmrecht.

Am **7. Februar 1971** nehmen die Schweizer Stimmbürger das Frauenstimm- und -wahlrecht mit 65.7 Prozent an. Neu lautet Artikel 74 der Bundesverfassung nun: «Bei eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen haben Schweizer und Schweizerinnen die gleichen politischen Rechte und Pflichten.»

Bis **1972** führen alle übrigen Kantone das Stimmrecht auch auf Kantons- und Gemeindeebene ein. Einige Ausnahme bilden die beiden Appenzell.

1989 nimmt die Landsgemeinde von Appenzell Ausserrhoden das Frauenstimmrecht knapp an.

1990 lehnt die Landsgemeinde von Appenzell Innerrhoden das Frauenstimmrecht erneut ab. Die Innerrhoderinnen klagen vor Bundesgericht und bekommen Recht.

1991 wird im letzten Kanton der Schweiz das Frauenstimmrecht eingeführt.



1971



GLEICHSTELLUNGSKOMMISSION DES PVB

«Lasst uns gemeinsam an einer besseren Zukunft arbeiten»



**Chiara Montecchio,
Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS)**

*Am 7. Februar 2021 feiern wir 50 Jahre Frauenstimmrecht in der Schweiz:
Welches sind Deine Gedanken dazu?*

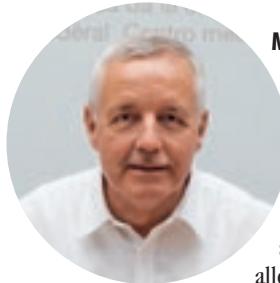
Für mich war es immer eine Selbstverständlichkeit, dass die Frauen abstimmen konnten. Was ich über die Ereignisse in der Schweiz diesbezüglich weiß, ist verbunden mit einer Erinnerung. Als ich geschlossen hatte, von Italien in die Schweiz auszuwandern, fragte mich meine Mutter, ob ich denn wirklich von meiner Wahl überzeugt sei. «Natürlich, Mama», sagte ich, «ich habe Arbeit und eine Wohnung gefunden, warum sollte ich nicht gehen?» Ich verstand nicht, worauf sie hinauswollte... «Weil Du die Geschichte der Schweiz nicht kennst», lautete ihre Antwort. In der Tat waren Geschichtskenntnisse noch nie meine Stärke gewesen, aber mir schien nicht, dass die Schweiz eine besonders problematische Geschichte aufwies, die mich aus Angst hätte von meinen Plänen abbringen können. Aber sie insistierte: «Weissst Du denn, seit wann die Frauen in der Schweiz abstimmen dürfen?» Ich hatte keine Ahnung und antwortete: «Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs?» Sie darauf: «Nein, nein, weit gefehlt, erst im Jahre 1971!» Wirklich erst vor 50 Jahren... Ich gebe zu, dass ich über diese Tatsache mehr als erstaunt war. Aber ich dachte, heute ist die Situation in der Schweiz ganz anders, sie ist ein sehr fortschrittliches Land. Mit dieser Einstellung im Herzen in der Schweiz angekommen, stellte ich dann aber effektiv fest, dass es in Bezug auf Gleichstellungsfragen noch viel zu tun gab.

*Weshalb sind die Frauen in der Politik noch immer untervertreten?
Was würdest Du Deinen Kolleginnen raten?*

Ich beteilige mich aktiv am lokalen Leben in meiner Stadt, ich bin seit fünf Jahren Gemeinderätin und dieses Jahr bin ich die Präsidentin des Gemeinderats. Ich habe den Schritt, mich politisch zu engagieren, gewagt und verstehe all die bestehenden Schwierigkeiten. Denn es braucht grosses Engagement, man muss viel Zeit und Energie investieren, wenn man ja auch noch arbeitet, eine Familie hat usw. Es braucht einen grossen persönlichen Einsatz und man muss absolut davon überzeugt sein. Ich habe Verständnis dafür, dass viele Frauen zögern. Aus persönlicher Erfahrung kann ich aber sagen, es ist wichtig, dies zu tun. Ich war zum Beispiel Mitglied in einer Kommission, in der darüber debattiert wurde, ob man in den Ausbau einer ausserschulischen Betreuung investieren sollte: Als Frau und Mutter konnte ich da natürlich meine Argumente gegenüber einer etwas zu sehr auf Sparsamkeit ausgerichteten Argumentation einbringen. Bestimmt ist dies eine lohnende Investition, man muss also Geld dafür ausgeben. Es ist keine Verschwendug öffentlicher Gelder, in die Jungen, in unsere Kinder zu investieren. Ich glaube, dass dies die beste Investition ist, die wir tätigen

können. Als Frau konnte ich diese Sichtweise einbringen, und somit war es wichtig, dass ich dort war. Ich kann daher Frauen nur dazu ermutigen, es mir gleichzutun und die Kraft und die Energie aufzubringen, sich in der Politik zu engagieren. Allerdings stimmt es, dass ich ab und zu ein schlechtes Gewissen habe, wenn ich für den Gemeinderat zu arbeiten habe. «Die zweite Arbeit» nennen es meine Töchter. Sie hätten lieber, dass ich diese Zeit mit ihnen verbringe. Ich erkläre ihnen dann jeweils, dass ich dies auch für sie tue, dass dieses Engagement wichtig ist. Zudem versuche ich, sie in diesem Sinne zu aktiven Staatsbürgerinnen von morgen zu erziehen.

Es ist von grosser Bedeutung, Frauen Raum zu geben, denn mit vereinten Kräften können wir Verbesserungen in der Zukunft erreichen. Daran glaube ich ganz fest und wende mich an alle, Männer und Frauen, mit dem Wunsch: «Lasst uns gemeinsam an einer besseren Zukunft arbeiten.»



**Marc Hauser, pensioniert,
ETH Zürich**

Am 7. Februar ist das Jubiläum «50 Jahre Frauenstimmrecht». Was ist deine Perspektive und wie hast du das erlebt?

Als diese Abstimmungen waren, es war ja ein sehr heftiger Abstimmungskampf, weil noch nicht alle Männer waren bereit Ja zu stimmen, habe ich sehr positiv reagiert, als man das endlich durchgebracht hat. Man hat gesehen wie in den Nachbarländer, überall auf der Welt, eine Gleichberechtigung der Frauen schon weiter fortgeschritten war als bei uns und ich glaube das war sicher ein Durchbruch für die Frauen und für unsere Gesellschaft, dass man hier die Gleichberechtigung auch bei Abstimmungen und Wahlen durchgezogen hat.

*Es gibt das Gleichstellungsgesetz, aber die Realität sieht anders aus.
Wieso ist das so?*

Ich glaube es ist immer noch Geld und Macht: das sind sicher Faktoren, die hier mitspielen und hier ist leider die Männerwelt natürlich noch dominanter, eigentlich immer noch im Vormarsch. Für mich sollte die Gleichstellung auch in den obersten Führungsetagen kein Tabuthema sein und hier müssen wir sicher noch daran arbeiten. Auch im PVB.

Norma Giannetta

«Un moment historique»

Alors que vous lisez ces lignes, notre pays commémore un moment historique: le 7 février 1971, après des décennies de lutte, le suffrage féminin était finalement accepté. Une étape importante pour l'égalité et la démocratie, qui sera suivie de nombreuses autres. Avec l'entrée des femmes dans la vie politique, beaucoup de choses ont changé. L'accession d'un grand nombre de femmes au Conseil national lors des dernières élections a notamment montré à quel point leur participation peut influer sur les décisions et sur l'ouverture des débats. Le dossier de ce numéro vous propose de découvrir l'histoire du vote des femmes en Suisse à travers le portrait de Germaine Zenhäusern, l'une de ses défenseuses de la première heure.

L'introduction du droit de vote des femmes a renforcé les efforts en faveur de l'égalité et a ouvert la voie à de nombreux progrès, tant dans la société que dans le domaine professionnel. Au sein de l'administration fédérale, des entreprises de la Confédération et du domaine des EPF comme ailleurs, le nombre de femmes parmi les employé-e-s a augmenté progressivement et celles-ci assument de plus en plus de responsabilités. Pourtant, bien qu'elles soient désormais plus présentes dans de nombreux domaines, elles restent encore trop rares dans les postes de direction. La Confédération, ses entreprises et les EPF ont conscience du travail qui reste à faire pour cela et pour la conciliation entre vie privée et professionnelle. Elles savent que pour avancer, elles doivent proposer des postes à temps partiel, des perspectives de promotion et des modèles permettant le partage de poste qui soient attractifs aussi bien pour les femmes que pour les hommes.

L'APC s'engage pour l'égalité depuis des années et présente régulièrement des revendications s'y rapportant. Notre commission de l'égalité a récemment lancé la pétition «Un droit au télétravail pour toutes et tous!» et notre grande enquête de 2018 a elle aussi mis en évidence l'importance de l'égalité et de la conciliation entre travail et vie privée pour nos membres et le personnel en général. Nous étudions actuellement comment nous pouvons renforcer notre engagement et avons reçu de précieuses pistes dans un rapport élaboré par une spécialiste des questions d'égalité. Car ne l'oublions pas: une politique active dans ce domaine nous aide à avancer et profite aux femmes comme aux hommes.

Barbara Gysi, présidente de l'association

#Votre secrétaire générale

Votre santé, notre priorité absolue

Chères et chers membres,

Votre santé est une priorité absolue pour l'APC. Vous avez été nombreux à choisir de reporter à 2021 votre assemblée générale de l'année dernière. J'ai informé les président-e-s de section que cela ne pose aucun problème d'un point de vue juridique. Compte tenu des restrictions actuellement en vigueur, nous recommandons à nos membres de ne pas prévoir d'assemblée en présentiel avant l'été ou le début de l'automne. Il est également possible de tenir en une assemblée par voie de circulaire et de procéder aux votes relatifs aux comptes, au budget et au rapport par écrit.

Toute l'équipe de l'APC continue à faire du télétravail. Vous pouvez joindre l'ensemble de nos collaboratrices et collaborateurs par e-mail ou sur leur téléphone portable. En raison de la situation sanitaire actuelle, le secrétariat de l'APC a provisoirement modifié ses heures d'ouverture. Vous pouvez nous joindre par



téléphone de 10h à 15h non-stop. Vous pouvez également nous contacter à tout moment par e-mail à l'adresse pvb@pvb.ch. Il est très important pour nous de continuer à offrir à nos membres le meilleur soutien possible et des conseils de qualité en ces temps difficiles.

Nous sommes conscients que cette situation exige beaucoup d'efforts de la part de chacun-e de nous et nous vous remercions sincèrement pour votre flexibilité et votre compréhension.

Meilleures salutations et prenez soin de vous!

**Janine Wicki,
secrétaire générale**

Négociations salariales dans le domaine des EPF

Une occasion manquée de la part du Conseil des EPF

Les employé-e-s du domaine des EPF ne recevront pas d'augmentation générale des salaires en 2021. L'APC regrette que le Conseil des EPF n'ait pas suivi les revendications de l'APC qui ne demandait pas d'augmentation de salaire mais exigeait seulement le rattrapage du retard pris par le personnel du domaine des EPF par rapport à l'administration fédérale en termes d'augmentation salariale depuis l'année 2011, soit 0,8 %. Ce rattrapage aurait aussi pu prendre la forme d'une augmentation du nombre de jours de vacances ou une diminution du temps de travail. Pour l'APC, le Conseil des EPF aurait dû saisir l'occasion de réduire cette différence en raison de la bonne santé financière actuelle du domaine des EPF. Il a préféré évoquer le renchérissement négatif et les perspectives économiques difficiles pour ne pas procéder à ce rattrapage.

Dans le cadre du système salarial, 1,2 % de la somme salariale est toutefois prévu, comme lors des années précédentes, pour des augmentations individuelles.

Pour un meilleur encadrement du télétravail

Parmi les sujets discutés avec le président du Conseil des EPF, Michael Hengartner, figurait aussi le télétravail. L'APC s'engage en faveur d'un droit au télétravail. Elle veut contribuer à l'élaboration du cadre qui régira durablement le télétravail – même après la pandémie – et inciter le Conseil fédéral et le Conseil des EPF à agir pour une réglementation équitable, transparente et saine du télétravail. Les directions des institutions du domaine des EPF sont également convaincues des possibilités du télétravail et discutent actuellement d'un meilleur encadrement de celui-ci dans le futur. Un changement de culture

d'entreprise s'impose, davantage orienté vers des formes de travail flexibles et sur la confiance.

Nuages sur les retraites anticipées

Si un-e employé-e souhaite prendre une retraite anticipée, l'employeur prend actuellement en charge une partie du coût du financement de la rente transitoire effectivement perçue. Le montant de la contribution de l'employeur est réglé dans l'annexe 5 de l'ordonnance sur le personnel du domaine des EPF. Cela pourrait ne plus être le cas à l'avenir. Selon la volonté du Conseil fédéral, le domaine des EPF doit être mis en conformité avec les règlements de l'administration fédérale et la contribution de l'em-

ployeur à la rente transitoire doit être supprimée. Cela signifie que la retraite anticipée deviendra plus difficile pour les employés, car ils devront financer eux-mêmes la rente transitoire. L'APC rejette catégoriquement cette intention du Conseil fédéral, comme il l'a fait savoir au président du Conseil des EPF. La gestion dynamique du personnel des deux EPF et de leurs institutions presuppose que la retraite anticipée soit possible dans de bonnes conditions. Le Prof. Dr. Michael Hengartner partage l'avis de l'APC. Il en informera le Conseil fédéral. Il a également le soutien des autres partenaires sociaux.

Luc Python



Prof. Dr. Michael O. Hengartner, président du domaine des EPF

Rencontre des commissions du personnel du domaine des EPF



© EPFL

Près de 30 représentant-e-s des commissions du personnel de toutes les institutions du domaine des EPF se sont réunis virtuellement le 18 janvier dernier afin d'échanger sur des thèmes de politique des employé-e-s. Le secrétaire d'association de l'APC, Luc Python, la présidente de l'APC EPFL, Jacqueline Morard ainsi que Dieter Künzli, responsable des finances et du personnel à l'état-major du Conseil des EPF étaient aussi présents en tant qu'invités.

Cette année, l'entretien individuel annuel et son évaluation ont fait l'objet d'une discussion passionnante qui a mis en évidence non seulement les similitudes mais aussi les différences quant à la manière d'effectuer l'entretien et d'évaluer l'employé-e. Si l'utilité de l'entretien n'est pas mise en cause, la manière d'attribuer la note globale est très discutable, selon les représentant-e-s des employé-e-s.

Un tour d'horizon des montants des salaires faits donnés dans les différentes institutions ainsi que la classification du personnel technique et administratif ont aussi fait l'objet d'un débat.

L'assemblée a aussi décidé d'améliorer la coordination entre les commissions de personnel lorsqu'il a des consultations sur des changements de règlements ou de lois au sein du domaine des EPF. La commission du personnel de l'EPFZ se chargera de cette coordination.

Luc Python

Agroscope

Le projet se concrétise

La rencontre du 11 janvier dernier a été l'occasion pour les partenaires sociaux d'échanger sur l'état de situation des projets en cours en matière de constructions et de déménagement du personnel. Les premiers déménagements des groupes de recherche sont prévus pour l'année 2022 (de Wädenswil à Changins ou Reckenholz, de Reckenholz à Changins et de Changins à Reckenholz). Le déménagement du personnel de Liebefeld et des autres sites dans le nouveau bâtiment de Posieux est prévu pour le début de l'année 2025.

Pour Mme Schaller, responsable des ressources humaines, les employé-e-s réagissent positivement par rapport à la nouvelle situation. Elle et son équipe ont conduit 102 entretiens avec les collaboratrices et collaborateurs dont la place de travail sera transférée de l'autre côté de la frontière linguistique.

Il en ressort que 39 employé-e-s se sont déclarés d'accord de déménager et 27 n'en ont pas l'intention pour diverses raisons. Les autres n'ont pas encore pris de décision définitive.

En ce qui concerne les postes de travail, Eva Reinhard, cheffe d'Agroscope,

a insisté sur le fait qu'Agroscope créera entre 20 et 30 postes de travail, dont plusieurs dans des domaines de recherche nouveaux, entre 2021 et 2022 en raison de l'accroissement de l'efficacité.

Luc Python



© Agroscope

Rencontre avec le directeur de la Centrale de compensation (CdC)

Un échange constructif sur les résultats de l'enquête de l'APC



Adrien Dupraz, directeur

L'APC a rencontré le directeur de la CdC, Adrien Dupraz, ainsi que le vice-directeur Christian Kuntzer, le 9 décembre dernier, pour un échange sur les résultats d'une enquête qu'elle a menée au sein de la CdC du 6 juillet au 30 août 2020. La délégation de l'APC était formée de Janine Wicki, secrétaire générale de l'APC, René Simon Meyer, vice-président, et Luc Python, secrétaire d'association. La présidente de la commission du personnel de la CdC, Sabrina Letizia était aussi présente.

Le directeur l'a dit d'emblée: il prend au sérieux le résultat de l'enquête. C'est un indicateur que des choses devraient être revues dans certains domaines. La direction planchera l'an prochain sur la mise en place d'une stratégie générale, en tenant compte notamment des résultats de l'enquête de l'APC et de l'enquête de satisfaction du personnel commanditée par l'OPPER.

En ce qui concerne le contrôle individuel de productivité, le directeur estime très important que le principe d'équité soit garanti. Il désire pour cela trouver le meilleur principe applicable dans chaque

organisation. La Centrale de Compensation traite mensuellement 980'000 rentes, ce qui nécessite un «monitoring» de la productivité.

La direction mène actuellement des réflexions par rapport aux ressources humaines. Elle est particulièrement réceptive à la problématique des spécialistes RH trop proches des divisions. Elle a déjà procédé à certains changements en matière de communication: la communication principale se fait par la direction et elle peut être complétée par les divisions selon leur organisation.

Adrien Dupraz va attendre les résultats de l'enquête de satisfaction de l'Office fédéral du personnel prévus pour le début du printemps avant de procéder s'il y a lieu à des adaptations dans la gestion du personnel et de la communication de la CdC.

Les partenaires sociaux se rencontreront dorénavant régulièrement, au moins une fois par année, pour échanger sur des sujets de politique du personnel. Une manière de rester constamment en dialogue. Une prochaine rencontre est prévue au début de l'été.

Luc Python



Photo: P. Aebischer

Publica

L'APC s'est entretenue avec les représentant-e-s de Publica en novembre dernier, dans le cadre d'une rencontre entre partenaires sociaux.

Le 1^{er} janvier 2021, Publica étendra son congé paternité à 20 jours. Avec cette mesure très progressiste, la caisse de prévoyance de la Confédération a une longueur d'avance sur l'administration fédérale.

Publica dispose depuis le mois de juillet 2020 de son propre règlement pour les formes de travail mobile. Grâce à ce nouveau cadre, 95 % du personnel a désormais la possibilité de travailler à domicile. Les postes de travail dans les locaux de Publica seront toutefois maintenus, car chaque employé-e doit continuer à disposer d'une place pour le travail en présentiel.

En ce qui concerne les salaires: 0,6 % de la masse salariale totale sera mis à disposition pour des augmentations individuelles.

Norma Giannetta

Rapport sur la session d'hiver du Conseil national



Lors de session d'hiver, les débats relatifs au personnel se sont concentrés sur le budget et le plan des finances. La pandémie de COVID-19 constitue un défi de taille pour la Confédération, y compris

d'un point de vue financier et politique, bien que l'État dispose de suffisamment de moyens et que l'endettement ait été réduit de plus de 25 milliards de francs au cours des dernières années. Les débats relatifs au budget se sont déroulés de manière étonnamment calme. Il n'y a eu que quelques coupes budgétaires et les augmentations habituelles dans le secteur de l'agriculture et dans le domaine de la formation, de la recherche et de l'innovation (FRI). Le budget consacré au personnel a peu fait l'objet de discussions. Dans le cadre du plan des finances 2022–2024, le groupe UDC a exigé que les dépenses

totales soient graduellement réduites à 6 milliards de francs. Cette requête était vouée à l'échec, car elle entraînerait de lourdes conséquences ainsi que la suppression de 300 à 400 postes. Le Conseil national a reconnu que le Conseil fédéral maintenait les dépenses liées au personnel – qui représentent toujours environ 9,5 % du budget global – à un niveau stable depuis des années. Ces dépenses diminueront même légèrement en 2021. Dans certains domaines, des augmentations de postes sont toutefois possibles, mais de nombreux postes doivent être compensés à l'interne.

Dans l'ensemble, nous ne pouvons pas vraiment nous réjouir du crédit du personnel, une augmentation de salaire globale n'ayant pas trouvé place dans les circonstances actuelles. Une certaine compréhension est manifeste; néanmoins de nombreux collaborateurs et collaboratrices de l'administration, des entreprises proches de la Confédération et du domaine des EPF ont été fortement sollicités. À la mi-novembre, les partenaires sociaux ont donc exigé au minimum un dou-

blement du congé paternité à 20 jours. Le conseiller fédéral Ueli Maurer soumettra la demande au Conseil fédéral et a répondu de manière positive à ma question à ce propos au sein du Conseil national.

Nous avons débattu plus longuement des objectifs en matière de performance au sein de la commission des finances et du Conseil national. Les critiques selon lesquelles ces objectifs sont arbitraires ou pas assez ambitieux sont fréquentes. Le Conseil national souhaitait renforcer les objectifs de la Centrale de compensation (CdC) et, par la même occasion, réduire les coûts moyens par cas, ce qui aurait engendré des coupes substantielles dans le budget. Cette proposition n'ayant pas trouvé écho auprès du Conseil des États, j'ai réussi à faire accepter ma requête au second tour des délibérations, à savoir renoncer à rendre les objectifs encore plus exigeants au sein de la CdC. Il s'agit là d'un succès de petite taille mais significatif, la CdC a connu de nombreuses optimisations au cours des dernières années.

Le Parlement a voté en procédure accélérée un projet selon lequel le Conseil fédéral peut dépenser une partie du budget au cas où la session devait être suspendue en raison du COVID. Bien entendu, la pandémie a à nouveau fortement influencé le contenu de la session avec des adaptations de la loi COVID-19, la loi sur les cautionnements solidaires et une dizaine d'interventions relatives aux mesures actuelles.

Barbara Gysi



Office fédéral de l'informatique (OFIT)

Rencontre avec le directeur au sujet de la Transformation



© OFIT

Le 10 décembre dernier, Norma Giannetta, secrétaire d'association de l'APC, a rencontré le directeur de l'Office fédéral de l'informatique (OFIT), Dirk Lindemann, ainsi que Daniel Graf, responsable des ressources humaines, pour discuter de la Transformation. L'APC a mené une enquête auprès du personnel sur la situation actuelle, avec une participation élevée. Les résultats ont permis de présenter les

préoccupations et les inquiétudes du personnel auprès de M. Lindemann.

Le directeur de l'OFIT a pris les résultats de l'enquête au sérieux. Les deux parties se sont accordées sur plusieurs points importants: la classe salariale sera désormais publiée avec le poste vacant; pour les cadres et le personnel, l'article 52a de l'Ordonnance sur le personnel de la Confédération s'applique en cas de changement de classe salariale et donc de garantie des droits acquis et les objectifs pour 2021 restent inchangés.

La discussion a aussi porté sur les certificats de travail intermédiaires: chaque collaboratrice et collaborateur peut demander un certificat auprès de sa supérieur-e actuellement responsable. Autre élément très important, M. Lindemann a donné l'assurance que tous les employé-e-s auront un emploi.

L'APC continue de suivre de près la Transformation de l'OFIT. Des rencontres avec le directeur auront régulièrement lieu tout au long de l'année 2021.

Norma Giannetta

Swissmedic

L'APC a rencontré le président du Conseil de l'institut Swissmedic, Lukas Bruhin, à la fin du mois de novembre 2020 pour échanger sur des sujets de politique du personnel. Les discussions ont notamment mené à des changements dans l'application des dispositions relatives à la formation continue: désormais, le solde journalier entier sera comptabilisé pour chaque jour de formation continue, de sorte à éviter les heures négatives. L'adaptation du règlement du personnel et le décompte du temps au sein de Swissmedic sont encore examinés en interne pour le moment. Ces questions seront discutées plus en détail avec l'APC dans le courant de l'année 2021. En 2021, 0,75 % de la masse salariale existante sera mis à disposition pour des mesures salariales. Le montant servira à des augmentations individuelles.

Swissmedic offre à ses employés un congé paternité de 20 jours. Avec ces conditions très progressistes, l'institut a une longueur d'avance sur l'administration fédérale centrale.

Norma Giannetta

NOTRE ENGAGEMENT.

Quelles sont vos expériences du télétravail?

Avec l'arrivée du deuxième semi-confinement, le télétravail est devenu une obligation. Claudia Moll, l'une de nos membres, s'est prêtée au jeu des questions-réponses et partage avec nous son expérience avec le travail à domicile:



Nos trois questions à Claudia Moll

Comment avez-vous vécu le télétravail jusqu'à maintenant?

Mon expérience avec le télétravail a été très variée. Un point très positif est que cela m'a offert le calme nécessaire pour me concentrer sur mes différentes tâches. Les échanges avec mon équipe ont très bien fonctionné, mais les discussions informelles ont disparu. Cela m'a d'ailleurs aidée à me rendre compte de l'importance de ces contacts pour le travail. Ils permettent par exemple d'éviter certains malentendus qui sont plus difficiles à identifier et à résoudre dans les échanges virtuels. Je trouve que les discussions en ligne sont une solution pour structurer et organiser le travail, mais elles ne conviennent que dans une mesure limitée au développement des thèmes et aux processus créatifs que cela implique. Des outils plus interactifs pourraient peut-être améliorer la situation, mais je pense que même le meilleur des outils ne pourrait pas remplacer un vrai échange en personne. Le télétravail peut aussi être lassant, car tous les jours se déroulent pratiquement de la même manière.

Quel est l'impact du télétravail sur votre vie professionnelle et privée?

Je suis pendulaire et habituellement, je passe environ trois heures par jour dans le train. J'ai donc bien entendu profité du télétravail. La difficulté pour moi a plutôt été de parvenir à séparer le travail de la vie privée. Depuis que je reste à la maison, j'ai souvent tendance à ne prendre que très peu de pauses et je finis par travailler beaucoup plus que dans la vie «normale». Le travail est plus présent dans ma vie personnelle. Avant, la distance physique me permettait de mieux séparer les deux.

Y a-t-il quelque chose que vous aimeriez partager avec les autres membres de l'APC?

C'est important de bien structurer ses journées – de décider quand travailler et quand se reposer – et d'être ordonné – de ranger ses affaires de travail comme on «fermerait» son bureau. Mais le plus important est de ne pas perdre de vue son bien-être physique. Faire de l'exercice est tout aussi important que d'avoir un poste de travail ergonomique.

Pétition «un droit au télétravail pour toutes et tous»



MERCI!

Avec plus de 1 250 signatures, la pétition a été un succès! Nos revendications nous ont permis d'attirer l'attention sur les de l'employeur sur le télétravail.

Pour en savoir plus, rendez-vous sur www.kampagnepvb.com, sous l'onglet «Pétition».



Le dossier et les Interviews

«Il faut parfois avoir du culot quand on veut quelque chose»



Katharina, la mère de Germaine Zenhäusern, en train de voter (en tant que première femme en Suisse, illégalement en 1959)

Le 3 mars 1957, Katharina Zenhäusern, la mère de Germaine, fit quelque chose d'inouï – elle fut la première Suissesse à participer à une votation. Ce qui s'est passé? À proprement parler, rien: le vote des femmes était alors illégal et son bulletin fut invalidé. Madame Zenhäusern devra attendre 14 ans avant de pouvoir à nouveau se rendre aux urnes, cette fois-ci en toute légalité et avec un bulletin valable. En effet, le 7 février 1971, le corps électoral suisse – comprenez les hommes majeurs – a accepté le droit de vote et d'éligibilité des femmes. Et cette fois, sa fille Germaine, tout juste majeure, était elle aussi de la partie. «Depuis que j'ai le droit de voter, je n'ai pas manqué une seule élection ou votation», dit Germaine Zenhäusern. «Pouvoir voter et voir que ma voix compte est toujours un immense privilège pour moi.»

Le Grütli des femmes

Le village natal de Germaine est niché loin au-dessus de la rive gauche du Rhône, sur un replat montagneux. Son père, Paul Zenhäusern, descend chaque jour à pied dans la vallée pour y travailler comme enseignant. C'est uniquement au début des années 1950 qu'une petite télécabine relie la population d'Unterbäch au reste du monde.

Germaine Zenhäusern, 69 ans, se rappelle comment son village de montagne valaisan est un jour devenu le Grütli des femmes suisses avant que celles-ci n'obtiennent, des années plus tard, enfin le droit de vote.

Nadine A. Brügger



Le président de la commune Paul Zenhäusern, Germaine à l'âge de six ans et sa mère Katharina

Mais pendant qu'Unterbäch rattrape son retard, la Suisse, elle, stagne: en 1956, le suffrage féminin a déjà fait l'objet de 25 votations aux échelons cantonaux et communaux, mais à chaque fois, les hommes s'y sont opposés. Les femmes en ont assez. Alors, quand certains juristes de renom, parmi lesquels Iris et Peter von Roten, leur expliquent qu'il y a un autre moyen de parvenir au but, elles sont tout ouïe. D'après eux, il ne faut pas nécessairement une révision de la Constitution, mais simplement une nouvelle interprétation selon laquelle le terme «Suisse» présent dans le texte engloberait à la fois les hommes et les femmes. Un simple masculin générique

au lieu de campagnes fastidieuses pour des votations – l'idée séduit bon nombre de gens, y compris les parents de Germaine.

Lorsque le Conseil fédéral demande aux hommes de se prononcer sur le service civil obligatoire pour les femmes, Paul Zenhäusern, alors président de la commune, et le conseiller communal von Roten décident que le moment est venu d'invoquer le masculin générique. En effet, si l'on n'autorise pas les femmes à voter quand seul leur avenir en dépend, alors quand?

Le gouvernement cantonal à Sion et l'administration fédérale à Berne s'y opposent tous deux. Mais ni les autorités ni les critiques dans leurs propres rangs ne parviennent à faire changer d'avis les habitant-e-s d'Unterbäch. C'est ainsi que le 3 mars 1957, devant les caméras et journalistes du monde entier, Katharina Zenhäusern devient la première femme de Suisse à voter. Sa fille Germaine, alors âgée de six ans, est terrifiée. Dans l'après-midi, elle a entendu les opposant-e-s défiler dans le village en agitant cloches et drapeaux. Elle a si peur qu'elle n'ose même pas traverser la rue pour se réfugier chez sa grand-mère. Elle reste donc chez

La maman de Germaine remplissant son bulletin de vote





elle, observant par la fenêtre les voitures des journalistes venus de si loin pour couvrir un grand événement dans son petit village.

Toute la peur et l'attention n'y changent rien – les votes des femmes sont finalement invalidés. Unterbäch vient en revanche de gagner un nouveau nom, celui de «Grütlis des Suisseuses».

Le Conseil fédéral travaillait déjà sur un projet pour le droit de vote et d'éligibilité des femmes au niveau national avant la votation sur le service civil et, sans la démocratie directe, le suffrage féminin aurait pu être adopté dès 1958, lorsque les deux Chambres ont donné leur feu vert. Mais la réalité fut toute autre: Germaine a huit ans quand deux tiers des hommes rejettent le projet. «J'ai grandi dans une famille où la politique était omniprésente. On parlait toujours à table et la votation pour le droit de vote et d'éligibilité des femmes a été un sujet très discuté», se rappelle-t-elle. À l'annonce des résultats, la déception est immense dans la famille Zenhäusern.

La Convention européenne des droits de l'homme

En 1965, Germaine intègre l'internat, dans la vallée. Malgré le nouveau téléphérique, le retour à la maison ne vaut la peine que le week-end et seuls les élèves qui se sont bien comportés durant la semaine y sont autorisés. Celles et ceux qui ne font pas ce qu'on leur dit se voient confisquer le billet représentant leur autorisation de sortie. «J'étais une enfant rebelle, dit Germaine, il ne me restait jamais de billet à la fin de la semaine.»

Son caractère rebelle ne s'atténue pas en grandissant. Devenue jeune femme, Germaine aime voyager et s'intéresse beaucoup à l'idée d'une Europe unie. Mais quand elle apprend que le Conseil fédéral a décidé de signer la Convention européenne des droits de l'homme (CEDH), elle en arrive à la même conclusion que les responsables du Conseil de l'Europe: «Cela n'est pas possible!» En privant la moitié de sa population de tout droit politique sur la base du sexe, la Suisse viole les droits mêmes que sa signature l'engagerait à protéger.

Lorsqu'elle découvre que le Conseil fédéral veut assortir sa signature de réserves, Germaine est furieuse – et elle n'est pas la seule: à l'appel de la Zurichoise Emilie Lieberherr, quelque 5 000 femmes et hommes marchent sur Berne pour protester. Peu après, le Conseil fédéral décide finalement de mettre en votation le droit de vote et d'éligibilité des femmes avant la signature de la CEDH.

«Nous avons besoin de toi»

Le Conseil national et le Conseil des États approuvent le projet et bientôt, la date du vote est fixée. «Nous avons besoin de toi, tu dois nous aider à mobiliser», implorent les collègues de Germaine. Et c'est exactement ce qu'elle



fait. Sa mère lui dit «Garde ton énergie pour autre chose, ces questions de vote et d'égalité prennent trop de temps ici, en Suisse», mais Germaine ne se laisse pas décourager. Lorsque le dimanche tant attendu arrive, elle est excitée. Ce n'est qu'après une longue journée, en milieu de soirée, que la radio annonce enfin les résultats: deux tiers des Suisses ont dit «oui»!

Cette même année, Germaine a 20 ans, l'âge requis à l'époque pour voter, et peut pour la première fois se rendre aux urnes. «J'étais tellement furieuse que l'on ait refusé aux femmes l'égalité des droits pendant si longtemps. Une chance que j'aie atteint la majorité juste au moment où le suffrage féminin était accepté sinon, cela m'aurait rendue folle.»

La lutte continue

Toutefois, pour Germaine, le combat ne s'arrête pas le 7 février 1971. Il y a encore trop à faire. Elle descend à nouveau dans la rue pour l'assurance maternité, pour l'égalité entre femmes et hommes et pour l'égalité salariale. «Il faut parfois avoir du culot quand on veut quelque chose», dit-elle.

La politique a toujours fait partie de la vie de Germaine, aujourd'hui à la retraite. Elle a été élue juge par sa commune et poursuit son engagement au sein du syndicat Unia.

Lorsqu'on lui demande ce que représente pour elle le cinquantenaire du suffrage féminin qui approche, elle sourit: «Beaucoup de choses. Mais en Valais, on fête toujours un peu plus tôt que le reste de la Suisse. Ici, les femmes ont le droit de vote cantonal depuis 1970.»



© Musée national suisse

Helvetias Töchter
(ISBN: 978-3-907238-15-8)

de Nadine A. Brügger

Huit destins de femmes sur la longue route du suffrage féminin en Suisse. «Helvetias Töchter» raconte l'histoire d'Hélène qui, en 1868, a exigé le droit de vote au niveau cantonal avec un groupe de femmes anonymes. De Luisa qui, lors de la grève générale, a perdu bien plus que son rêve d'égalité. D'Elsa, qui veut faire ce qui est juste pendant la Seconde Guerre mondiale. D'Inez, qui peut enfin voter au terme d'un combat long de plusieurs générations. Ou encore d'Amara, qui comprend que le droit de vote ne résout pas tout et, des décennies plus tard, participe à la deuxième grève des femmes.

«Helvetias Töchter» paraîtra en allemand le 14 juin 2021 aux éditions Arisverlag (www.arisverlag.ch)

Les grandes étapes du suffrage féminin en Suisse

- 1868** Un groupe de Zurichaises anonymes réclame pour la première fois officiellement le droit de vote et d'éligibilité lors de la révision de la constitution cantonale zurichoise.
- 1874** La Constitution fédérale est soumise à une révision totale. L'Association Internationale des Femmes saisit l'occasion pour revendiquer l'égalité des femmes au regard du droit civil.
- 1893** L'Union suisse des ouvrières réclame officiellement le suffrage féminin.
- 1896** Le premier congrès suisse des intérêts féminins est organisé. Il y est décidé d'œuvrer pour l'obtention du droit d'éligibilité des femmes dans les commissions des écoles ou des pauvres, ainsi que pour le droit de vote dans les affaires ecclésiastiques.
- 1899** L'Alliance de sociétés féminines suisses (ASF) est fondée. Elle deviendra l'un des moteurs du mouvement pour le droit de vote des femmes.
- 1904** Les socialistes suivent l'exemple de leurs femmes et inscrivent le droit de vote et d'éligibilité des femmes au programme de leur parti.
- 1906** La militante féministe Elise Honegger présente pour la première fois ses revendications par écrit: «Les droits de la femme sont des droits humains» et «Mêmes devoirs, mêmes droits».
- 1909** L'Association suisse pour le suffrage féminin (ASSF) est fondée. Elle se bat encore aujourd'hui pour l'égalité sous le nom d'Association suisse pour les droits des femmes (ADF/SVF).

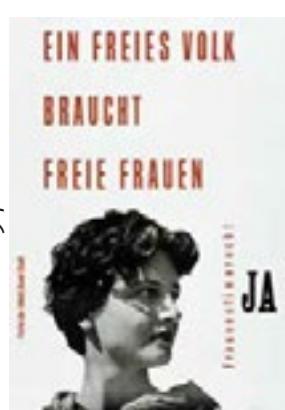
Dès **1916**, les socialistes déposent des motions en faveur des droits de vote et d'éligibilité des femmes dans nombreux parlements cantonaux.

- 1918** L'année de la grève générale en Suisse. Le suffrage féminin figure sur le catalogue de revendications des grévistes.
- 1918** Après la grève, les conseillers nationaux Herman Greulich (fondateur du premier parti social-démocrate) et Emil Göttisheim (PLR) déposent chacun une motion pour l'introduction du suffrage féminin.
- 1928** L'exposition suisse sur le travail féminin (Saffa) montre à un large public toute l'importance du travail de la femme pour la société.



1920

- 1929** Les associations féminines déposent la pétition regroupant le plus grand nombre de signatures de l'histoire suisse. 170 397 femmes et 78 840 hommes se sont mobilisés pour signer cette pétition demandant le droit de vote pour les femmes, mais celle-ci disparaîtra dans un tiroir du bureau du Conseil fédéral.



1946

- 1945** Un groupe d'hommes et de femmes crée le Comité suisse d'action pour le suffrage féminin. Vers la fin de la Seconde Guerre mondiale, les dépôts de motions et postulats pour le droit de vote des femmes reprennent, principalement menés par les socialistes.
- 1948** La Suisse fête son centenaire. Pendant ce temps, les Suissesses déplorent une «nation de frères sans sœurs».
- 1950** La loi régissant les élections au Conseil national est soumise à une révision. Le conseiller national conservateur catholique Peter von Roten saisit l'occasion pour proposer d'accorder le droit d'éligibilité aux femmes. La chambre basse considère l'idée comme absurde.
- 1951** Le Conseil fédéral déclare que le suffrage féminin pourrait uniquement être introduit par le biais d'une révision partielle de la Constitution fédérale. Il répond ainsi aux nombreux juristes qui souhaitaient l'introduire au moyen d'une nouvelle interprétation de la Constitution selon laquelle le mot «Suisses» utilisé dans le texte pourrait être vu comme un masculin générique représentant à la fois les hommes et les femmes, comme c'est le cas dans la législation pénale ou fiscale.

Entre **1920** et **1956**, on dénombre 25 votations visant l'introduction du suffrage féminin au niveau cantonal ou communal – toutes ont été refusées.

1957 La Confédération veut introduire le service civil obligatoire pour les femmes, mais sans leur accorder de nouveaux droits en contrepartie de leurs nouveaux devoirs. Plusieurs communes décident alors de laisser leurs habitantes voter en signe de contestation (cf. portrait). Le Conseil fédéral s'engage à rédiger un rapport sur l'introduction du suffrage féminin.

1958 L'Assemblée fédérale approuve le rapport. Si la Suisse n'était pas une démocratie directe, les femmes auraient ainsi obtenu le droit de vote.



1959



1959 Les deux tiers des votants suisses (66,9 %) disent «non» au suffrage féminin. Seuls les cantons de Genève, Neuchâtel et Vaud disent «oui». Ce dernier, qui tenait le même jour une votation portant sur le vote des femmes au niveau cantonal, devient en revanche le premier à l'introduire, la même année.

1966 Bâle-Ville devient le premier canton suisse alémanique à donner le droit de vote et d'éligibilité aux femmes au niveau cantonal et communal.

1968 Le Conseil fédéral annonce qu'il signera la Convention européenne des droits de l'homme (CEDH), mais avec une réserve concernant les droits politiques féminins. Comme la Suisse refuse toujours d'accorder le droit de vote à ses citoyennes, elle viole déjà la convention (cf. portrait).

1969 Sous la conduite de la Zurichoise Emilie Lieberherr, près de 5 000 personnes participent à la marche sur Berne pour protester contre une adhésion à la CEDH assortie de réserves et pour réclamer le suffrage féminin.

7 février 1971 Le corps électoral suisse dit «oui» au droit de vote et d'éligibilité des femmes à 65,7 % des voix. L'article 74 de la Constitution fédérale est modifié comme suit: «Les Suisses et les Suissesses ont les mêmes droits et les mêmes devoirs en matière d'élections et de votations fédérales.»

Jusqu'en **1972**, tous les cantons restants introduisent le suffrage féminin à l'échelon cantonal et communal, à l'exception des deux Appenzell.

1989 La Landsgemeinde du canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures accepte à une courte majorité le droit de vote des femmes.

1990 La Landsgemeinde d'Appenzell Rhodes-Intérieures, refuse une fois de plus d'accorder le droit de vote aux femmes. Ses habitantes déposent plainte devant le Tribunal fédéral, qui leur donne raison.

1991 Le suffrage féminin est introduit dans le dernier canton de Suisse.



1947



1971



**Chiara Montecchio,
Centrale de compensation à Genève**

Le 7 février, nous célébrerons les 50 ans du suffrage féminin. Que t'inspire cet anniversaire?

J'ai toujours cru que cela allait de soi que les femmes puissent voter, ça a toujours été une évidence pour moi. Mon témoignage au sujet du suffrage féminin en Suisse est indirect. Quand j'ai décidé de quitter l'Italie pour m'installer en Suisse, ma mère m'a demandé si j'étais vraiment sûre de mon choix. «Évidemment, maman. J'ai un travail, j'ai trouvé un logement. Qu'est-ce qui devrait me retenir?» Ce à quoi elle m'a répondu: «Parce que tu ne connais pas l'histoire». L'histoire n'était effectivement pas un de mes points forts, mais il ne me semblait pas que celle de la Suisse soit tourmentée au point de me faire changer de projet. «Tu sais quand les femmes suisses ont obtenu le droit de vote?» Déconcertée, j'ai tenté une réponse: «À la fin de la Deuxième Guerre mondiale?» Et là ma mère, triomphante, articula: «En 1971». J'avoue que ça m'a sidérée. Je n'en revenais pas. Par chance, la situation a changé. La Suisse a fait d'importants progrès en matière d'égalité entre les genres. Même si le chemin vers une véritable égalité est encore très long.

*Pourquoi les femmes sont-elles encore sous-représentées en politique?
Que recommanderais-tu à tes collègues?*

Je participe activement à la vie de ma ville. Je siège au conseil communal depuis 5 ans et je le préside cette année. Descendre dans l'arène politique n'est pas un choix à faire à la légère, parce qu'il se paie cher. En temps et en énergie. Ce n'est pas toujours facile de faire face à toutes les exigences si l'on travaille et qu'on a une famille. Je comprends que les femmes soient si nombreuses à hésiter, mais mon expérience personnelle me permet d'affirmer que c'est important de s'engager. Pendant des débats sur le financement de l'accueil extrascolaire, par exemple, j'ai pu, en tant que femme et que mère, amener mes réflexions en commission et contredire les arguments de nature purement économique de mes collègues masculins. C'est vrai qu'il ne faut pas dilapider les deniers publics, mais il est tout aussi important d'investir dans les jeunes, dans nos enfants. Je pense que c'est le meilleur investissement possible. Je ne dis pas qu'un homme ne pourra pas faire le même raisonnement, mais à ce moment-là ma contribution de mère et de femme a été décisive. Je ne peux donc qu'encourager les femmes à en faire autant et à trouver la force et l'énergie de s'engager en politique. Cela dit, c'est vrai qu'il m'arrive de me sentir coupable vis-à-vis de

mes filles. Ce «deuxième travail», comme elles l'appellent, me prend passablement de temps. Mais j'essaie de leur expliquer que je le fais aussi pour elles. Je serais heureuse, plus tard, de les voir devenir des citoyennes actives.

C'est essentiel de laisser de la place aux femmes, parce que ce n'est qu'en unissant nos forces que nous pouvons construire un avenir meilleur. J'en suis intimement convaincue. Je lance par conséquent à appel à toutes et à tous, aux hommes comme aux femmes: «Travaillons ensemble pour un avenir meilleur!».



Marc Hauser, retraité, EPFZ

Le 7 février a marqué les 50 ans du suffrage féminin. Comment as-tu vécu ce moment et quel regard portes-tu sur celui-ci aujourd'hui?

La campagne autour de ces votations était très intense. Tous les hommes n'étaient pas encore prêts à dire «oui». Lorsque la victoire a finalement été annoncée, j'étais très positif. On avait vu comment dans les pays voisins, partout dans le monde, la question des droits des femmes était plus avancée que chez nous et je crois que ce vote en faveur de l'égalité a constitué un pas décisif pour les femmes et pour notre société en général.

*Aujourd'hui, on a la loi sur l'égalité, mais la réalité est bien différente.
Pourquoi?*

Je crois que c'est encore et toujours une question d'argent et de pouvoir: ces facteurs jouent sans aucun doute un rôle et malheureusement, dans ces domaines, la gent masculine reste prédominante et continue même de gagner du terrain. À mes yeux, l'égalité ne doit plus être un sujet tabou, même aux échelons les plus élevés de la hiérarchie et c'est un point sur lequel nous devons encore travailler. Du côté de l'APC également.

Norma Giannetta

«Una ricorrenza storica»

Questo numero arriverà nelle vostre case in concomitanza con una ricorrenza storica per il nostro Paese. Dopo decenni di lotta e diversi tentativi falliti, il 7 febbraio 1971 l'elettorato svizzero approvò il suffragio femminile. Fu un passo importante, seguito da molti altri, verso l'uguaglianza e la democrazia. A questo riguardo è molto interessante il dossier dedicato alla storia del suffragio femminile, in particolare il ritratto della pioniera Germaine Zenhäusern. Con l'ingresso delle donne in politica sono cambiate molte cose. Dopo le ultime elezioni federali, che hanno portato più donne in Consiglio nazionale, notiamo in particolare che la qualità delle decisioni è migliorata e che i dibattiti sono più aperti.



Il suffragio femminile ha dato nuovo slancio agli sforzi per le pari opportunità e ha permesso importanti conquiste sia nella società che nel mondo del lavoro. Anche la Confederazione, le aziende federali e il settore dei PF hanno visto aumentare gradualmente la presenza femminile e le responsabilità affidate alle donne. Tuttavia, benché le donne siano più presenti in molti settori, nei quadri superiori mancano ancora figure femminili. La Confederazione, le aziende federali e il settore dei PF sono consapevoli del fatto che vi è ancora molto da fare a livello di conciliazione tra lavoro e vita privata e che sono necessari impieghi a tempo parziale, modelli di job-sharing e opportunità di carriera interessanti sia per le donne che per gli uomini.

L'APC si impegna già da tempo in questo ambito e avanza regolarmente richieste e proposte. Di recente la Commissione per l'uguaglianza ha lanciato la petizione «Diritto al telelavoro per tutti». Peraltro il sondaggio su larga scala condotto nel 2018 ha confermato l'importanza che i nostri membri e i/le dipendenti in generale attribuiscono alla parità e alla conciliazione.

Attualmente stiamo valutando come rafforzare questo nostro impegno. L'analisi di una specialista in materia di uguaglianza ci ha fornito importanti spunti di riflessione. Ricordiamoci sempre che una politica attiva in materia di parità ci fa progredire e va a vantaggio sia delle donne che degli uomini.

Barbara Gysi,
presidentessa dell'associazione

#Lasuasegretariagenerale

La nostra priorità assoluta

Cari membri

La vostra salute è prioritaria per l'APC. Con questa convinzione, lo scorso anno molte sezioni hanno posticipato a quest'anno la loro assemblea generale. Una scelta assolutamente lecita, come ho a suo tempo comunicato ai presidenti e alle presidentesse. A causa delle restrizioni antivirus raccomandiamo tuttavia di organizzare le assemblee presenziali solo al inizio dell'estate o al inizio dell'autunno. E chi volesse o dovesse rinunciare all'assemblea presenziale ha sempre la possibilità di chiedere ai membri di votare conti, preventivi e rapporti in forma scritta per via circolare.

I collaboratori del team APC lavorano ancora in telelavoro, ma potete contattarli tramite mail o cellulare. Sempre a causa della pandemia, il segretariato ha modi



ficato temporaneamente gli orari di apertura: siamo raggiungibili telefonicamente dal lunedì al venerdì, dalle 10.00 alle 15.00. Potete anche inviarci una mail in qualsiasi momento all'indirizzo pvb@pvb.ch. È nostra premura garantire a tutti i nostri membri un ottima assistenza e consulenza, anche durante questi tempi difficili.

Siamo consapevoli che questa situazione mette tutti sotto pressione e vi ringraziamo per la vostra flessibilità e comprensione.

Cordiali saluti di ottima salute!
Janine Wicki, segretaria generale

IL NOSTRO IMPEGNO.

Quali sono le sue esperienze con il telelavoro?

Con il secondo lockdown, l'obbligo di lavorare in telelavoro è diventato realtà per tutti noi. Ecco cosa pensa Claudia Moll, affiliata all'APC, dell'homeoffice e quali sono le sue esperienze.



© xavier-foucier-JYHhyLwmM1Wk-unsplash

Tre domande a Claudia Moll, UFAM

Quali sono le sue esperienze con il telelavoro?

Difficile dare una risposta univoca. A volte riesco a trovare la calma per restare concentrata e riflettere bene su singoli temi, altre un po' meno. Lo scambio con i colleghi e le colleghe è ottimo anche se mancano i contatti informali. Ho capito che proprio questi contatti sono molto importanti per il lavoro: permettono di evitare malintesi che nel mondo digitale sono invece più difficili da riconoscere e da risolvere. Secondo me i colloqui online servono a strutturare e organizzare il lavoro, ma si prestano meno per le fasi successive, quelle che richiedono maggiore creatività. Per questo servirebbero forse tool interattivi, ma credo che nemmeno i migliori potranno mai sostituire lo scambio «face to face». Il telelavoro può generare anche una certa usura, visto che ogni giorno è praticamente uguale all'altro.

Quale influenza ha il telelavoro sulla sua vita privata e professionale?

Come pendolare che passa circa tre ore in treno tutti i giorni, approfitto naturalmente molto del telelavoro. Molto più difficile è evitare che la vita privata interferisca con quella professionale e viceversa. Con l'ufficio a casa non faccio praticamente pause nemmeno per il pranzo e alla fine lavoro molto più del normale. Il lavoro è diventato molto più presente nella mia vita privata, mentre prima riuscivo a tenere meglio le due sfere separate.

C'è qualcosa che vorrebbe dire agli altri membri del sindacato?

È importante avere una buona struttura e essere ordinati e rigorosi: definire quando si lavora e quando no, riordinare accuratamente gli strumenti di lavoro e «chiudere» l'ufficio. In ogni caso non bisogna perdere di vista il proprio benessere fisico. L'attività fisica è importante tanto quanto l'ergonomia della postazione di lavoro.

Petizione «Diritto al telelavoro per tutti»



GRAZIE!

La petizione è un successo: sono state raccolte oltre 1250 firme e le nostre rivendicazioni hanno attirato l'attenzione su una questione urgente.

Ulteriori informazioni seguendo il link it.kampagnepvb.com, petizione.



Dossier e
Interviste

«Il coraggio di osare»

Germaine Zenhäusern, 69 anni, racconta come un villaggio dell'Alto Vallese divenne il «Rütli delle donne svizzere» e quanto dovettero attendere le donne prima di ottenere il diritto di voto.

Nadine A. Brügger



Il sindaco Paul Zenhäusern con Germaine (6 anni) e la mamma Katharina.

Il 3 marzo 1957, la madre di Germaine Zenhäusern fece scandalo: andò a votare. Un gesto plateale che però si concluse in un nulla di fatto: il voto femminile era illegale, la scheda fu dichiarata nulla. Katharina Zenhäusern, pioniera del suffragio femminile in Svizzera, dovette aspettare altri quattordici anni prima di potersi recare di nuovo alle urne. Legalmente, questa volta, e con un voto valido. Il 7 febbraio 1971, infatti, i cittadini svizzeri, cioè i maschi maggiorenni, avevano accordato il diritto di voto e eleggibilità alle donne. A questo risultato contribuì anche la figlia Germaine, da poco ventenne. «Da quel giorno non ho mai mancato un'elezione né una votazione», dichiara Germaine. «Poter votare e vedere riconosciuto il mio voto è tuttora un grandissimo privilegio».

Il Rütli delle donne svizzere

Germaine è nata a Unterbäch, un paesino situato sul versante sinistro del Rodano, su un altopiano soleggiato. Suo padre Paul faceva il maestro e tutti i giorni scendeva a piedi fino a valle dove insegnava. Solo all'inizio



Katharina, la madre di Germaine Zenhäusern, si reca alle urne (è la prima donna svizzera a farlo, illegalmente, nel 1959).

degli anni Cinquanta il villaggio fu collegato al resto del mondo da una piccola funivia.

Mentre Unterbäch avanzava verso la modernità, la Svizzera rimaneva ferma: tra il 1920 e il 1956 erano state indette ben 25 votazioni sul suffragio femminile a livello cantonale e comunale e tutte erano state bocciate. Le donne erano stanche e scoraggiate. Ma quando alcuni giuristi e giuriste di grosso calibro, tra cui Iris e Peter von Roten, evocarono un'altra via per uscire dallo stallo, ripresero speranza. Secondo i giuristi e giuriste si poteva fare a meno di una revisione parziale della Costituzione dando una nuova interpretazione al termine «svizzeri», ossia includendo in esso sia gli uomini che le donne. Con ciò intendevano il cosiddetto maschile generico che avrebbe potuto evitare altri travagliati scrutini. Molti, tra cui i genitori di Germaine, accolsero l'idea con entusiasmo.

Quando il Consiglio federale chiamò gli uomini svizzeri a esprimersi sull'introduzione di un servizio civile obbligatorio per le donne, il sindaco Zenhäusern e il consigliere comunale von Roten decisamente di applicare la regola del maschile generico. Se le donne non avessero potuto esprimersi in quell'occasione, su un tema che le riguardava direttamente in futuro, quando avrebbero dovuto farlo?

Nonostante il rifiuto del governo cantonale e di Berna federale, la popolazione di Unterbäch non desistette. E non si lasciò intimidire nemmeno dalle voci critiche che si levarono anche al suo interno. Il 3 marzo 1957, Katharina Zenhäusern fu la prima donna svizzera a recarsi alle urne, sotto gli occhi dei giornalisti e fotografi giunti dal mondo intero per seguire l'evento. Nel pomeriggio sua figlia Germaine, che allora aveva sei anni, aveva sentito gli oppositori sfilare per le vie del paese con tanto di campana.



Katharina intenta a compilare la scheda di voto.

nacci e bandiere. Tutto quel clamore l'aveva terrorizzata al punto che non osava nemmeno attraversare la strada per andare dalla nonna che abitava di fronte. Così rimase a casa. Dalla finestra poteva osservare le macchine dei giornalisti giunti da ogni dove per seguire il grande evento che stava creando scompiglio nel paesello di montagna.

Tanta paura e tanto rumore per nulla: le donne erano state ammesse solo a una prova e quindi le loro schede non furono conteggiate. Quel giorno però Unterbäch si conquistò l'appellativo di Rütli delle donne svizzere.

Già prima della votazione sull'introduzione di un servizio civile obbligatorio per le donne, il Consiglio federale aveva presentato un progetto di voto sul suffragio femminile a livello nazionale. Le due Camere lo avevano approvato, una decisione che altrove avrebbe permesso alle donne di votare e farsi eleggere fin dal 1958. Non però in una democrazia diretta. Germaine aveva otto anni quando due terzi degli uomini svizzeri bocciarono il progetto. «Sono cresciuta in una famiglia appassionata di politica. Da noi a tavola si discuteva sempre. Naturalmente anche la votazione federale per il diritto di voto e eleggibilità alle donne fu oggetto di accese discussioni», ricorda. La delusione in casa Zenhäusern fu immensa.

La Convenzione europea dei diritti dell'uomo (CEDU)

Nel 1965 Germaine fu mandata in collegio a valle. Nonostante l'avvento della funivia, il viaggio per tornare a casa era lungo e fattibile solo nel fine settimana. Oltre tutto, bisognava comportarsi bene per ottenere il permesso di rientrare. «Ero una bambina ribelle», racconta Germaine, «e così passavo più fine settimana in collegio che a casa».

La bambina ribelle si trasformò in una giovane ribelle con la passione per i viaggi, un'europeista convinta e una strenua sostenitrice dell'adesione della Svizzera alla Convenzione europea dei diritti dell'uomo (CEDU). Un progetto, quest'ultimo, che presentava una riserva insormontabile. Alla stregua dei responsabili del dossier al Consiglio d'Europa, Germaine si rese presto conto che la Svizzera violava proprio quei diritti che prometteva di tutelare sottoscrivendo la CEDU, visto che escludeva la metà della popolazione dai diritti politici per motivi fondati sul sesso. Quando apprese che il Consiglio federale intendeva firmare la CEDU senza sottomettersi alla clausola concernente i diritti politici delle donne, Germaine si infuriò. Non fu la sola: cinque migliaia di persone risposero all'appello della zburghese Emilie Lieberherr e marciarono verso Berna in segno di protesta. Messo alle strette dallo sdegno popolare, il Consiglio federale indisse la votazione sul suffragio femminile prima di ratificare la CEDU.

«Devi attivare la gente»

La data della votazione venne fissata poco dopo l'approvazione del progetto da parte del Parlamento. Germaine fu esortata a prendere un ruolo attivo: «Abbiamo bisogno di te, devi attivare la gente» e lei accettò, andando contro il parere della madre che le consigliava di dedicare le sue energie a un'altra causa, visto che a suo avviso la Svizzera non era ancora pronta





per il suffragio femminile e la parità di genere. Quando finalmente giunse la fatidica domenica, l'eccitazione era alle stelle. Germaine dovette aspettare l'intera giornata e una parte della serata prima che la radio annunciasse l'esito dello scrutinio: due terzi degli svizzeri avevano detto «sì»!

Quell'anno Germaine compì 20 anni raggiungendo l'età allora richiesta per l'esercizio del diritto di voto. Per la prima volta poté recarsi alle urne. «Ero tremendamente arrabbiata per il fatto che per tanto tempo le donne non avessero avuto gli stessi diritti degli uomini. Fortunatamente ho raggiunto la maggiore età nell'anno in cui è stato accettato il suffragio femminile. Altrimenti mi avrebbe fatta impazzire!».

La lotta continua

Per Germaine la lotta non però finisce il 7 febbraio 1971. La strada è ancora molto lunga: per l'assicurazione maternità, l'uguaglianza e la parità di lavoro a parità di salario scende in strada. «Bisogna avere il coraggio di osare», afferma.

La politica ha sempre fatto parte della vita di Germaine, che oggi è pensionata. È stata nominata giudice di pace dal suo Comune e ancora oggi si impegna attivamente nel Sindacato Unia.

Quando le chiediamo che cosa significhi per lei l'imminente anniversario, sorride maliziosamente: «Significa molto. Comunque noi vallesani festeggiamo sempre un po' prima rispetto al resto della Svizzera. Nel nostro Cantone il suffragio femminile è stato introdotto già nel 1970».



© Museo nazionale svizzero

Helvetias Töchter
(ISBN: 978-3-907238-15-8)

di Nadine A. Brügger

Il destino di otto donne lungo il cammino verso il suffragio femminile in Svizzera. «*Helvetias Töchter*» racconta di Hélène, che nel 1868, con un gruppo anonimo di donne, chiede il diritto di voto a livello cantonale. Di Luisa, che durante lo sciopero generale perde molto di più del sogno dell'uguaglianza tra uomo e donna. Di Elsa, che vuole fare la cosa giusta durante la Seconda guerra mondiale. Di Inez, che dopo una lotta lunga una generazione può finalmente votare. O di Amara, la quale riconosce che il diritto di voto non è tutto e che, a distanza di decenni, decide di partecipare al secondo sciopero delle donne.

«*Helvetias Töchter*» uscirà il 14 giugno 2021 per l'editore Arisverlag (www.arisverlag.ch)

Cronistoria del suffragio femminile in Svizzera

- 1868** Un gruppo di donne zurighesi coglie l'occasione offerta dalla revisione della Costituzione cantonale per rivendicare per la prima volta pubblicamente la completa parità civile e politica.
- 1874** La Costituzione federale viene sottoposta a una revisione totale. L'Associazione internazionale delle donne chiede l'uguaglianza civile tra uomo e donna.
- 1893** L'Associazione svizzera delle operaie rivendica esplicitamente il diritto di voto.
- 1896** Si tiene il primo Congresso svizzero per la difesa degli interessi femminili, che formula un primo obiettivo: il diritto di voto passivo per le donne nelle commissioni scolastiche o nell'ambito dell'assistenza ai poveri e il diritto di eleggere e essere elette negli organi parrocchiali.
- 1899** Viene fondata l'Alleanza delle società femminili svizzere (ASF) che diventa presto il motore dei movimenti a sostegno del voto alle donne.
- 1904** I socialdemocratici seguono l'esempio femminile e inseriscono nel loro programma la rivendicazione del diritto di voto e eleggibilità per le donne.
- 1906** Elise Honegger, femminista ante litteram, rivendica per la prima volta in forma scritta e pubblicamente: «I diritti delle donne sono diritti umani» e «Stessi doveri, stessi diritti».
- 1909** Diverse associazioni per il diritto di voto alle donne costituiscono l'Associazione svizzera per il suffragio femminile (ASSF). Ribattezzata Associazione svizzera per i diritti delle donne (SVF/ADF), si impegna tuttora per l'uguaglianza.

Dal **1916** I socialdemocratici presentano in diversi Cantoni interventi parlamentari in cui chiedono il diritto di voto e eleggibilità per le donne.

- 1918** Viene indetto lo sciopero generale. I manifestanti rivendicano tra l'altro il diritto di voto per le donne.
- 1918** Dopo lo sciopero i consiglieri nazionali Herman Greulich, padre della socialdemocrazia svizzera, e Emil Götscheim (PLR) depositano due mozioni a sostegno dell'introduzione del suffragio femminile.
- 1928** La Saffa, l'Esposizione svizzera del lavoro femminile, mette in evidenza il contributo delle donne alla società.
- 1929** L'ASSF consegna alla Cancelleria federale una petizione con 249 237 firme (78 840 di uomini e 170 397 di donne) raccolte dalle associazioni femminili, dal PS e dai sindacati. Sebbene il numero di firme sia il più alto mai raccolto, la petizione resterà lettera morta.



1920

- 1946**  Viene fondato il Comitato d'azione per il diritto di voto alle donne. Già prima della fine della Seconda guerra mondiale i socialdemocratici riprendono a presentare mozioni e postulati per il suffragio femminile.
- 1948** La Svizzera festeggia i 100 anni della nascita dello Stato federale. Le cittadine deplorano che quello svizzero sia «un popolo di fratelli senza sorelle».
- 1950** In concomitanza con la revisione della legge sull'elezione del Consiglio nazionale, il consigliere nazionale conservatore Peter von Roten propone di concedere alle donne un diritto di voto passivo. La Camera bassa la considera una proposta assurda.
- 1951** In risposta alle pressioni di numerosi giuristi che chiedono di introdurre il suffragio femminile per via interpretativa, il Consiglio federale dichiara che l'unica via percorribile è una revisione parziale della Costituzione federale. Secondo i giuristi, il termine di Svizzeri usato nella Costituzione può essere inteso come una forma generica che include entrambi i generi, in analogia all'interpretazione applicata al diritto penale e fiscale.

1920–1956 A livello cantonale e comunale si tengono e vengono respinte 25 votazioni sul suffragio femminile.

1957 La Confederazione vorrebbe imporre alle donne l'obbligo di prestare servizio civile senza però concedere loro diritti politici. In segno di protesta, diversi Comuni invitano le loro concittadine a recarsi alle urne (vedi Ritratto). Il Consiglio federale si impegna a elaborare un rapporto sull'introduzione del suffragio femminile.

1958 Le Camere accettano il progetto. Se la Svizzera non fosse una democrazia diretta, il suffragio femminile diventerebbe realtà.



1959



1947

1959 Due terzi degli aventi diritto di voto (66,9 %) bocciano il suffragio femminile. Solo i Cantoni di Ginevra, Neuchâtel e Vaud lo approvano. Vaud introduce il voto alle donne a livello cantonale e comunale in concomitanza con la votazione; Neuchâtel lo fa nel corso dell'anno e Ginevra l'anno successivo.

1966 Basilea Città è il primo Cantone svizzero-tedesco a concedere il voto alle donne a livello cantonale e comunale.

1968 Il Consiglio federale annuncia l'intenzione di sottoscrivere la Convenzione europea dei diritti dell'uomo senza però sottomettersi alla clausola concernente i diritti politici delle donne, una riserva che rende la Svizzera colpevole di violazione della Convenzione (vedi Ritratto).

1969 Guidate dalla zurighese Emilie Lieberherr, circa 5000 persone marcano verso Berna per protestare contro l'adesione alla CEDU con la riserva del diritto di voto alle donne e per rivendicare il suffragio femminile.

7 febbraio 1971 L'elettorato svizzero approva il diritto di voto e eleggibilità per le donne con il 65,7 per cento dei consensi. Il nuovo articolo 74 della Costituzione federale recita: «Nelle elezioni e votazioni federali, gli Svizzeri e le Svizzere hanno identici diritti e doveri».

Entro il **1972** Tutti i Cantoni, ad eccezione di Appenzello Interno e Esterno, introducono il suffragio femminile anche a livello cantonale e comunale.

1989 La Landsgemeinde di Appenzello Esterno approva di strettissima misura il suffragio femminile.

1990 La Landsgemeinde di Appenzello Interno boccia nuovamente il voto alle donne che si appellano con successo al Tribunale federale.

1991 Anche l'ultimo Cantone svizzero riconosce il suffragio femminile.



1971



COMMISSIONE DELLE PARITÀ DELL'APC

«Lavoriamo assieme per un futuro migliore.»



Chiara Montecchio,
Centrale di compensazione, Ginevra

Il 7 febbraio 2021 ricorrono i 50 anni del suffragio femminile in Svizzera. Quali sono i tuoi pensieri?

Per me è sempre stato ovvio e scontato che le donne potessero votare. La mia testimonianza sulla storia del suffragio femminile in Svizzera è indiretta. Quando decisi di lasciare l'Italia per trasferirmi in Svizzera, mia madre mi chiese se fossi assolutamente certa della mia scelta. «Naturalmente mamma. Ho un lavoro, ho trovato casa. Perché non dovrei andare?» E lei rispose: «Perché tu non conosci la storia». Effettivamente, la storia non era uno dei miei punti forti ma non mi pareva che la Svizzera avesse una storia tanto tormentata da farmi desistere dai miei piani. Lei incalzava: «Ma tu sai quando le donne hanno ottenuto il diritto di voto in Svizzera?» La sua domanda mi spiazzò. «Alla fine della Seconda guerra mondiale?» Tutta ringalluzzita mi disse: «Nel 1971». Ammetto che quella data mi lasciò di stucco. Possibile? Fortunatamente la situazione è cambiata. La Svizzera ha compiuto importanti passi avanti per quanto riguarda la parità di genere. Ciò non toglie che la strada verso una vera uguaglianza è ancora molto lunga.

*Perché le donne sono ancora sottorappresentate in politica?
Cosa raccomanderesti alle tue colleghe?*

Partecipo attivamente alla vita della mia città. Siedo in Consiglio comunale da 5 anni e quest'anno ne sono la presidente. Scendere in politica è una scelta della quale bisogna essere assolutamente convinte perché è un impegno oneroso. Richiede tempo e energia. Quando si lavora e si ha una famiglia, non è sempre facile far colimare tutte le esigenze. Capisco che tante donne esitino. La mia esperienza personale mi permette però di affermare che è importante farlo. Prendiamo ad esempio le discussioni sul finanziamento di un dopo scuola: in quanto donna e mamma ho potuto far valere le mie ragioni in commissione e contrastare le argomentazioni di natura puramente economica addotte dai colleghi uomini. Sicuramente non bisogna sperperare il denaro pubblico, ma è anche importante investire nei giovani, nei nostri figli. Penso che sia il migliore investimento che possiamo fare. Non dico che un uomo non possa pensarla allo stesso modo, ma in quel frangente il mio contributo di mamma e donna è stato determinante. Quindi non posso che incoraggiare le donne a fare altrettanto e trovare la forza e l'energia per impegnarsi in politica. Detto questo, è vero che a volte mi sento in colpa nei confronti delle mie figlie. Questo «secondo lavoro», come lo chiamano loro, mi ruba parecchio

tempo. Cerco però di spiegare che lo faccio anche per loro. Mi piacerebbe che diventino cittadine attive un domani.

È molto importante dare spazio alle donne perché è solo unendo le forze che possiamo costruire un futuro migliore. Ne sono fermamente convinta. Rivolgo quindi un appello a tutti, uomini e donne: «Lavoriamo assieme per un futuro migliore».



Marc Hauser,
pensionato, PF Zurigo

Il 7 febbraio 2021 ricorrono i 50 anni del suffragio femminile in Svizzera. Quali sono i tuoi pensieri?

Questa votazione è stata preceduta da un'accesissima campagna. Molti uomini non erano pronti ad accettare il suffragio femminile. Personalmente sono stato molto contento che l'abbia spuntata il sì. Nei Paesi vicini, nel resto del mondo, la parità era già molto avanzata rispetto alla realtà di alcuni Cantoni. Il diritto di voto è certamente una conquista importante per tutte le donne e per la società.

La Svizzera ha approvato una legge sulla parità dei sessi che però non trova ancora pieno riscontro nella realtà. Come mai?

Penso si tratti soprattutto di una questione di soldi e di potere. Il mondo maschile è ancora predominante e gode di un certo vantaggio. Secondo me, la parità non dovrebbe più essere un tabù nemmeno ai quadri superiori. Qui c'è ancora molto da fare. Anche qui all'APC.

Norma Giannetta

Willkommen Heidi!



Am 1. September 2020 hat Frau Heidi Kretschmer-Gerber mit einem 50 %-Pensum beim PVB als Sachbearbeiterin begonnen.

Sie unterstützt namentlich im finanziellen und personellen Rechnungswesen den Leiter Ressourcen. Sie ist hauptverantwortlich für die Kreditorenbewirtschaftung. Zudem gewährleistet sie die Auszahlung der Werbeprämien und die Organisation der Ehrungen.

Im Mutationsdienst übernimmt Frau Kretschmer-Gerber Ferien- und Abwesenheitsvertretungen. Mit ihrer beruflichen Erfahrung u.a. im Treuhandwesen sowie in Finanzverwaltungen ist sie eine grosse Bereicherung für das PVB-Team. Markus Brügger

Warum hast du dich entschieden, diese neue Herausforderung beim PVB anzunehmen?

Bereits das Inserat mit seinem vielseitigen Tätigkeitsgebiet hat mich angeprochen. Die verschiedenen Wirkungskreise und Dienstleistungen des PVB interessierten mich. Dann war der erste persönliche Eindruck beim Vorstellungsgespräch wichtig. Der PVB hat mich überzeugt – meine Vorstellungen und Wünsche an eine neue Arbeitsstelle haben sich erfüllt.

Wo hast du vorher gearbeitet?

Seit meiner Lehrzeit bin ich im Treuhand- und Finanzbereich tätig. In den letzten Jahren arbeite ich Teilzeit als Finanzverwalterin zweier Kirchgemeinden. Zwei Jungs bereichern meinen Alltag. Nun sind sie schon Teenager und selbständiger. Ein guter Grund mich umzuschauen und was Neues zu beginnen.

Auf was bist du besonders stolz?

Im Leben gibt es viele Hoch und Tiefs. Für jedes Hoch bin ich dankbar und zwischenzeitlich auf für die Tiefs. Schwierige Zeiten bringen mich im Leben weiter. Daraus das Positive für den weiteren Lebensweg gewinnen zu können – darauf bin ich stolz.

Dein Wunsch für die Zukunft oder deine grösste Hoffnung?

Wünsche und Hoffnungen; da gäbe es einiges aufzuzählen.... Aber grundsätzlich ist mir Gesundheit und Frieden für meine Familie und mein Umfeld wichtig.

Wofür schlägt dein Herz neben der Arbeit?

Ich bin gerne mit meiner Familie und unserer Aussie-Hündin Noomi unterwegs. Reisen im Wohnwagen, Wandern, Velofahren und Gesellschaftsspiele sind Familienhobbies. Zeit für mich verbringe ich beim Malen, Dekorieren, Stricken, Gärtnern ... Hauptsache handwerklich kreativ.

Hauptversammlungen – Assemblées générales 2021

Avanti

Die Sektion AVANTI hält aufgrund der aktuellen COVID19-Situation ihre **Hauptversammlung** in diesem Jahr zusammen **mit dem Sommeranlass am 4. September 2021** ab. Nähere Information dazu folgen im nächsten Magazin Nr.2.

En raison de la situation actuelle du COVID19, la section AVANTI tiendra cette année son **assemblée générale annuelle en même temps que l'événement d'été le 4 septembre 2021**. Plus d'informations suivront dans le prochain magazine n° 2.

Andermatt

Die Mitgliederversammlung vom **19. Februar 2021** wird aufgrund der COVID19-Situation nicht stattfinden. Die Hauptversammlung wird in den Herbst verschoben. Wir hoffen, dass sich die Lage bis dann entspannt hat. Wir werden Sie auf dem Laufenden halten.

Unterwalden

Liebe PVB Mitglieder

Unsere Hauptversammlung 2020 haben wir, wegen des Corona-Virus und den damit verbundenen gesundheitlichen Risiken, abgesagt. Das war der richtige Entscheid. Am 13. Januar 2021 haben sich die Vorstandsmitglieder zu einer Sitzung getroffen und dabei auch die Durchführung der Hauptversammlung im aktuellen Jahr 2021 besprochen.

Im Wissen, dass der Bundesrat bis Ende Februar, weitere, verschärzte CoronaMassnahmen beschlossen hat, haben wir entschieden, die diesjährige, im März geplante Hauptversammlung, erst am **Mittwoch, 18. August 2021** durchzuführen.

Wir hoffen, dass sich bis dahin die Corona bedingte Situation wesentlich verbessert. Die in diesen Tagen beginnenden Covid-19-Impfungen tragen bestimmt auch dazu bei.

Im Juli 2021 versenden wir die Einladung zur Teilnahme an der Hauptversammlung. Wir bitten euch jetzt schon, sich für die Teilnahme dann anzumelden, damit wir im Voraus wissen, wer anwesend sein wird um notwendige Vorsichtsmaßnahmen treffen zu können.

Wenn Fragen sind, meldet euch per E-Mail: pvbsektionunterwalden@gmail.com oder telefonisch bei unserem Präsidenten Hugo Ettlin: 079 330 34 65

Wir wünschen euch alles Gute, bliebet gsund!

Herzliche und kollegiale Grüsse
Hugo Ettlin
Präsident PVB Sektion Unterwalden

Zürich

Liebe Mitglieder der Sektion Zürich

Die PVB-Sektion freut sich, Sie an die nächste Hauptversammlung (HV) einzuladen.

**Mittwoch, 10. März 2021, 18.00 Uhr,
Ort in der Stadt Zürich.**

Bitte Anmeldung für die Hauptversammlung und das Nachessen bis spätestens am Sonntag, 1. März 2021 bei Fabio Trombetta fabio.trombetta@bluewin.ch.

Sollte es die Situation nicht erlauben, die Hauptversammlung vor Ort abzuhalten, wird die PVB-Sektion Zürich, die HV-Abstimmung per Zirkular durchführen. Die Unterlagen werden per Post und/oder Mail an die Mitglieder versendet.

Traktanden:

1. Begrüssung
2. Traktandenliste, Wahl der StimmenzählerIn/ProtokollführerIn
3. Genehmigung des letztjährigen HV-Protokolls vom 21. Oktober 2020
4. Jahresbericht der Präsidentin 2020
5. Ehrungen
6. Bericht des Stv. Generalsekretärs
7. Bericht des Verbandssekretärs
8. Finanzen (Jahresrechnung 2019, Revisionsbericht, Voranschlag 2020)
9. Wahlen (Wiederwahl von Sektionspräsidentin, Kassier,

50 Jahre Frauenstimmrecht – 50 ans de droit de vote pour les femmes – 50 anni di diritto di voto alle donne

Vorstandsmitglieder, Revisoren, Delegierte der Präsidentenkonferenz und Delegiertenversammlung)

10. Sektionsevent
11. Zusammenarbeit
12. Anträge
13. Verschiedenes

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Freundliche Grüsse
Fabio Trombetta
Kassier PVB-Sektion Zürich

Rhône

La section Rhône a agendé l'assemblée générale 2021 le 23 avril 2021 à St-Maurice (lieu à définir). Si, pour des raisons sanitaires elle ne peut pas avoir lieu à cette date, elle sera déplacée en automne 2021.

Les membres seront convoqués en temps voulu.

Payerne

L'assemblée générale n'aura pas lieu ce printemps en raison du COVID19. Si la situation sanitaire le permet, elle sera organisée dans le courant de l'automne et les membres recevront une convocation. Nous vous tenons au courant. Vous pouvez aussi vous tenir informés en consultant notre site www.pvb.ch/sections.

Genève

L'assemblée générale de la section se déroulera par voie de circulaire comme en 2020. Le comité prévoit une assemblée générale ou extraordinaire dès que les conditions le permettront à nouveau.

Jura

L'assemblée générale prévue habituellement au printemps a été reportée à une date indéterminée.

EDA - DFAE

Die Mitgliederversammlung wird sobald sich die Lage entspannt durchgeführt werden. Ein entsprechendes Datum wird zu gegebenem Zeitpunkt kommuniziert.



Finanzdepartement

Die HV 2021 wird erst im 2. oder 3. Quartal 2021 stattfinden.

Einladung und Informationen über die Durchführungsart folgen im Magazin Nr. 2 oder 3 und über die WebSite: PVB Sektion Finanzdepartement

Herzliche Grüsse
Ruedi Lüthi, Sektionspräsident

Dübendorf

Einladung

Donnerstag, 15. April 2021, 18.00 Uhr
Personalrestaurant, Militärflugplatz,
8600 Dübendorf (Haupteingang)

Traktanden

1. Begrüssung
2. Wahl der Stimmenzähler
3. Protokoll der 71. Generalversammlung
4. Jahresbericht des Präsidenten
5. Ehrungen
6. Finanzielles
- 6.1. Jahresrechnung 2019/2020

- 6.2. Revisorenbericht
- 6.3. Voranschlag 2021
7. Wahlen
- 7.1. Präsident
- 7.2. Vorstand
- 7.3. Rechnungsrevisoren
- 7.4. Delegierte
8. Anträge
9. Verschiedenes

Als Gäste erwarten wir eine Vertretung der Geschäftsleitung des PVB. Im Anschluss an die Generalversammlung wird ein Nachessen offeriert.

Die Anmeldung für die Teilnahme an der GV ist bis zum 1. April 2021 an René Steiner zu senden.

(R. Steiner, Stauberbergstr. 39,
8610 Uster; Tel: 076 399 14 55;
Email: pvb.steiner@gmx.ch)

Anträge zuhanden der Generalversammlung sind bis zum 1. April 2021 schriftlich an den Präsidenten zu richten. (A. Werro, Überlandstr. 255,
8600 Dübendorf, Email: andrea.werro@vtg.admin.ch)

Wir freuen uns schon heute, euch recht zahlreich an der GV begrüssen zu dürfen.

Mit kollegialen Grüßen
Der Vorstand

5-köpfige Familie sucht Wohnobjekt in der Stadt Bern und Umgebung

Wir werden im Sommer 2021 aus dem Ausland nach Bern zurückkehren und suchen eine geeignete Wohnung / Haus, vorzugsweise in der Stadt Bern oder in Stadt Nähe. Wir sind Nichtraucher und haben keine Haustiere.

Kontakt: peter.staeheli@eda.admin.ch

Impressum

Erscheinungsweise: 4-mal pro Jahr

Redaktion:

Wabernstrasse 40, 3007 Bern
Redaktoren/-innen: Janine Wicki, Jürg Grunder, Luc Python,
Elias Toledo, Norma Giannetta
Kommunikationsverantwortliche und Redaktorin:
Martine Currat-Joye
Redaktionsteam: Melanie Minnig, Tamara Schindler,
Natascha Krebs
Tel. +41 (0)31 938 60 61
E-Mail: redaktion@pvb.ch, www.pvb.ch

Druck und Expedition:

Stämpfli AG
Wölflistrasse 1, Postfach, 3001 Bern
Tel. +41 (0)31 300 66 66

Adressänderungen:

Mutationsdienst PVB
Wabernstrasse 40, 3007 Bern
E-Mail: pvb@pvb.ch
Tel. +41 (0)31 938 60 61

Inseratenverwaltung:

Personalverband des Bundes (PVB)
pvb@pvb.ch
Tel. +41 (0)31 938 60 61

WEMF-beglaubigte Auflage: 9193 Exemplare
